

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 16. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement - Preis halbjährlich: 3,00 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Rußland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Moderne Zünfte.

Aus den Berichten der Presse geht hervor, daß eine ganze Reihe von Kartellen und Syndikaten, deren Termine abgelaufen waren, nach mehr oder weniger langen Verhandlungen erneuert worden sind. Zuletzt ist noch die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Roheisen-Syndikats auf weitere drei Jahre zu stande gekommen, nachdem das Siegerländer Roheisen-Syndikat und das Lothringisch-Luxemburgische Roheisen-Syndikat schon vorher ihre Verlängerung besiegelt hatten. Deutschlands Roheisen-Produktion, die Grundlage der verschiedensten, viele Hunderttausende von Arbeitern beschäftigenden Produktionszweige, ist auf Jahre hinaus wieder glücklich dem ungesesselten Konkurrenzkampf entzogen.

Der sozialistische Volkswirt kann die Verlängerung dieses und anderer Syndikate nur mit sehr gemischten Empfindungen begrüßen. Schon daß sie unter dem Deckmantel der Schutzzöllerei operieren, mindert den Nutzen, den solche Verbindungen haben können, und erhöht ihre Gefahr für die allgemeine Volkswirtschaft. Es muß als unbestritten anerkannt werden, daß die Syndikate ein Mittel sind, die Produktionsbedingungen zu mächtigen — allerdings, was dabei nicht vergessen werden darf, unter dem Gesichtspunkt kapitalistischer Interessen. Nimmt schon dieser Umstand der von den heutigen Syndikaten angebotenen Produktionsregulierung Bedeutung von ihrem Wert, so kommt noch hinzu, daß, da bei weitem noch nicht alle Industrien syndiziert sind, noch unter heutigen Verhältnissen syndiziert werden können, Produktionsregulierungen bei den Kartellindustrien sehr wohl vereinbar sind mit Fortdauer und selbst Steigerung der Produktionsbedingungen bei den andern Industrien. Letzteres namentlich dann, wenn Schutzzölle sie in den Stand setzen, ihren heimischen Abnehmern Preise zu diktieren, die den Weltmarktpreis erheblich überschreiten. Wir haben das in Deutschland in der hinter uns liegenden Epoche gründlich beobachtet können, und nirgends besser, als in den Eisen- und Eisen verarbeitenden Industrien. Durch die das Material verteuernde Politik der Eisenerzeugungssyndikate sind die Eisen verarbeitenden Gewerbe wiederholt in Absatzschwierigkeiten gebracht worden, was Produktionsstörungen und Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, die sich schließlich zu wahren Notständen auswuchsen und, wäre nicht Amerika ein williger Abnehmer für Roheisen und Halbfabrikate der Eisenindustrie gewesen, auch rückwärtswirkend zu intensiver Störung in der heimischen Eisenerzeugung geführt hätten.

Die Schutzzöllerei hebt das Visköse Vorteil wieder auf, das die Unternehmungskartelle unter heutigen Verhältnissen der Volkswirtschaft bringen können. Unter ihrer Wirkung ist es möglich, daß sich diese Kartelle und Syndikate zu wahren Zünften im schlechten Sinne dieses Wortes auswachsen. Wir begegnen bei ihnen in Schutzzölländern einem Terrorismus gegenüber ihren Abnehmern, einer Ausschließungspolitik gegenüber ihren Konkurrenten, die an die schlimmsten Tage der Kunstwirtschaft erinnern. Wir brauchen hier nur an die berüchtigten Lieferungsbedingungen des Drahtzylinderverbandes zu erinnern. „Versolgt man die neue Geschäftsgebarung beispielsweise der großen Syndikate in der Schwerindustrie“, schreibt der den Kartellen durchaus nicht ungünstig gestimmte F. C. Huber, „so findet man, wie sie ihre Macht rücksichtslos gebrauchen, um die Kundenschaft und aufstehenden Konkurrenten in ihren Vorkreis hineinanzuwürgen, und um Preisserhöhungen aufrecht zu erhalten, die sich weder durch höhere Betriebskosten noch durch die Marktlage rechtfertigen lassen.“ (Vgl. Huber, „Die Kartelle“ S. 30.)

In Deutschland richten die Unternehmer-Kartelle ihre Spitze in der Regel nach zwei Seiten: wider ihre Abnehmer, d. h. in weiterer Wirkung, das Publikum im allgemeinen und wider ihre Arbeiter. So gehören die Arbeiter der syndizierten Eisenhütten fast durchgängig zu den denkbar gedrücktesten Elementen der deutschen Arbeiterklasse. Die Niederhaltung der Arbeiterorganisationen ist aber aus politischen und andern Gründen vielfach nicht aufrechtzuerhalten, und wo sie die Arbeiterverbindungen nicht hintertreiben oder sonst unwirksam machen können, da sehen wir die Unternehmerverbindungen sich einer andern Politik zuwenden: sie schließen einen Pakt mit den organisierten Arbeitern ihres Produktionszweiges, um mit ihnen gemeinsam den Markt monopolistisch auszubeuten.

Es ist selbstverständlich, daß nicht jeder gewerbliche Vertrag zwischen organisierten Unternehmern und organisierten Arbeitern so zu beurteilen ist. So erteilen, Hefse über alle gemeinsamen Lohnverträge, Tarifgemeinschaften usw. den Stab brechen. Weit entfernt aber, volkswirtschaftlich verwerflich zu sein, sind diese Verträge vielmehr durchaus erstrebenswert, und dies um so mehr, je mehr die Zahl der Arbeiter im Verhältnis zu der der Unternehmungen wächst. Sie sind eine unerlässliche Schutzwehr gegen die lohndrückenden und schweißtreibenden Tendenzen des modernen Wirtschaftssystems, eine Vorstufe zu höheren, mehr sozialistischen Formen der Bestimmung des Arbeitseinkommens. Es kann kein Recht des Publikums auf Waren anerkannt werden, die unter Arbeitsbedingungen angefertigt wurden, welche den Mindestansprüchen unserer modernen Kultur ins Gesicht schlagen. Die Willigkeit, die durch die Schmutzlohnarbeit, Hungerlöhne der Schwiharbeit erzielt wird, ist Raub an der Arbeiterklasse, ihre Vereitelung Abschaffung eines Raubzustandes.

Aber wie die beste Sache mißbraucht werden kann, so auch die Lohn- oder Tarifgemeinschaft. Begrüßenswert, ja unentbehrlich, wo die Unternehmer durch die Marktverhältnisse verhindert sind, Monopolbrud auszuüben, kann sie zum Werkzeug wirklicher Brandstiftung des Publikums werden, wenn sich die Unternehmer durch das Mittel eines Syndikats oder sonstiger Verhältnisse in der Lage befinden, als Monopolisten zu handeln, und auch gewillt sind, diese Position gründlich auszubehnten.

Daß dies insbesondere da zu gewärtigen ist, wo die Unternehmer über Vorkapital verfügen und die Schutzzöllerei den Stimm für das Brandstiftung entwickelt und fördert, liegt an der Hand. Und so sind es denn die Vereinigten Staaten, dieses Musterland des modernsten Kapitalismus, von wo neuerdings lebhaftest Klagen über solches Brandstiftung zu uns dringen. Ein amerikanisches Journal, „McClure's Magazine“, bringt in seiner Septembernummer einen Artikel, der ein wahres Schauerbild von den Zuständen entwirft, wie sie sich in Chicago unter dem Zusammenwirken von kapitalistischen Monopolverbänden und Arbeiterorganisationen entwickelt haben sollen. Es ist betitelt: „Kapital und Arbeit jagen herein. Chicago ist das Opfer der neuen gewerblichen Verschönerung.“ Es läßt sich aus der Ferne nicht unter-

suchen, in wie weit die Schilderung übertriebt. Aber selbst wenn sich manches von dem, was sie — übrigens mit Nennung der Namen, Vorführung von Schriftstücken und ziffermäßigen Angaben — mitteilt, als übertrieben herausstellen sollte, so läßt sich aus dem ganzen Schriftstück doch so viel erkennen, daß in diesen Verhältnissen wirklich eine Gefahr für die Allgemeinheit steckt. Da erfahren wir, wie die mit den Kohlenführern verbündeten Kohlenführer dem Publikum den Gebrauch von billigen, auf dem Leitungswege nach Chicago gebrachten Naturgas so lange bei Strafe des Wohlstands verbieten, bis auch der letzte Konsument den Kampf aufgeben muß. Die verbündeten Milchhändler und Milchführer, die die ganze Milchversorgung von Chicago kontrollieren, einigen sich, daß nur noch einmal im Tag Milch ausgefahren werden soll. Ein dringender Brief des Gesundheitskommissars, Dr. Reynolds, an die Organisationen, wenigstens in den dort so heißen Sommermonaten eine Ausnahme zu machen, in den ärmeren Stadtvierteln werde sonst bei nur einmaliger Milchlieferung erhöhte Kindersterblichkeit die Folge sein, hat keinen Erfolg und, in der ersten Juliwochen schwand die Zahl der an „Krämpfen“ und Unterleibsbeschwerden verstorbenen Kinder um 90 Proz., die allgemeine Kindersterblichkeit um 40 Proz. Ein Unternehmer im Vieh- und Flaitenlegungs-Gewerbe wagt es, wider den Ring seiner Kollegen auszusagen, die alle ausgeschriebenen Arbeiten plamäßig unter sich aufteilen, wobei, wie er ausgefunden, ein innerer Ring von Hauptmatadoren die fettesten Wiffen vorwegnimmt und das Publikum zahlen muß, was der Ring verlangt. Sofort wird die Organisation der Arbeiter gegen ihn mobil gemacht, und er muß zu Krenze kriechen. Neben den Kriegskosten des über ihn verhängten Wohlstands hat er 2000 Dollar an den Unternehmerbund und 500 Dollar an die Gewerkschaft zu zahlen — wahrscheinlich „für Kränkung der Gefühle“ heißt es im Artikel. Eine Großbäckerei wird mit Hilfe der Arbeiterorganisation gezwungen, den Preis zu erhöhen, u. a. mehr.

Es wäre interessant, ja, es ist zur Bildung eines endgültigen Urteils über die Vorkommnisse unerlässlich, nun auch die Stimme der betreffenden Arbeiterorganisationen zu hören. Nur so viel läßt sich vorwegnehmend sagen, daß jede Verbindung von Arbeiterorganisationen mit Unternehmerverbänden, die über die Maßnahmen zur Durchführung und Aufrechterhaltung einheitlicher Lohn-, Arbeitszeit- usw. Bedingungen hinaus sich für Preisabschlüssen, Ringe usw. der Unternehmer ins Zeug legt, ungesund ist und eine große Gefahr in sich birgt. Der alte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, das, was die horizontale Scheidung der Gesellschaft genannt werden kann, heißt es in dem zitierten Artikel, „steht einer ganz andern, einer vertikalen Scheidung unseres gewerblichen Lebens Platz zu machen, bei der jedes Gewerbe in enger Verknüpfung, Unternehmer und Arbeiter umfassend, der übrigen Welt fest gegenübersteht.“ Das ist übertrieben, bis dahin wird es nicht kommen. Aber es genügen schon eine Anzahl solcher Verbindungen, große Massen des Publikums, darunter die Mehrheit der arbeitenden Klasse selbst, schwer zu schädigen.

Bei uns ist zum Glück bisher davon nichts zu verspüren, und bei dem Geist, der unsere Arbeiterklasse durchweht, ist auch schwerlich zu gewärtigen, daß sich ihre Organisationen zu solcher Manipulation herbeilassen. Die sozialistische Erziehung der Arbeiter, ihr Eindringen in die öffentlichen Körperschaften, in die Leitung von Staat, Gemeinde usw. sind Vorkämpfe gegen das Ueberwuchern von Gruppeninteressen gegen das Gesamtinteresse. Kurzsichtige Vertreter der Gewerkschaftsbewegung haben diese als moderne Zünfte bezeichnet. Tatsächlich sind die modernen Zünfte wo anders zu suchen: bei den Unternehmer-Syndikaten. Wenn ihnen nicht scharf auf die Finger gesehen wird, wenn nicht Vorkehrungen getroffen werden, die es ihnen unmöglich machen, sich zu Ringen auszuwachsen, dann haben wir gerade von ihnen die gefährlichsten, das Gemeinwohl schädigenden Erscheinungen zu gewärtigen, welche die Geschichte von den alten Zünften berichtet. Nur wo ihr Geist das öffentliche Leben verpestet, mögen auch Arbeiterorganisationen von ihm erfaßt werden. Daß es bei uns nicht geschieht, dafür bürgt der wachsende Einfluß der Socialdemokratie.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Oktober.

#### Ein Erlass des Königs.

Der Kaiser und König von Preußen, der häufig mit plötzlichen und ungewöhnlichen Kundgebungen in die Öffentlichkeit trat, fügt früheren Handlungen dieser Art eine neue von nicht geringer Bedeutung hinzu. Im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses war Donnerstag die Generalynode der evangelischen Landeskirche versammelt, und in seiner einleitenden Ansprache machte der königliche Kommissar der Synode, Vicepräsident des evangelischen Oberkirchenrats, Freiherr v. d. Golz, diese Mitteilung:

„Zu besonderer Freude gereicht es mir, der Generalynode zum Schluß noch Mitteilung machen zu können von einem Allerhöchsten Erlass Sr. Majestät, welcher soeben durch den Kultusminister übermittelt worden ist. Durch diesen Erlass behandelte Se. Majestät aufs neue seine Fürsorge für unsere Landeskirche und weist die Regierung an, zur Vertheidigung einiger dringender Bedürfnisse staatliche Mittel flüssig zu machen. Der aus Hubertusfest gegebene Erlass, welcher vom 12. October datiert ist, hat folgenden Wortlaut:

„Um der evangelischen Landeskirche Meiner Monarchie einen neuen Beweis Meiner Fürsorge zu geben, bestimme Ich hierdurch, daß in den Entwurf des nächstjährigen Staatshaushalts-Etats bezugs Aufhebung der gesetzlichen Pfarrbeiträge an den Pfarr-Witwen- und Waisenfonds eine an diesen zu zahlende Staatsrente von jährlich 850 000 Mark, sowie ferner die erforderlichen Mittel zur Erhöhung der Dienstauswand-Entschädigung der Generalsuperintendenten auf den durchschnittlichen Jahresbetrag von 2000 Mark eingestellt werden.“

Es ist nicht erforderlich, bei diesem Anlaß die Frage zu behandeln, wie unangemessen es ist, daß der Staat aus dem allgemeinen Steuerfädel Aufwendungen für kirchliche Zwecke macht.

Vielmehr interessiert hier nur das Eingreifen des Königs in den Gang der Gesetzgebung.

In Preußen wird die gesetzgebende Gewalt durch den König und die beiden Kammern des Landtages gemeinschaftlich ausgeübt. Die Rechte des Königs sind also in Preußen weit größer als die des Kaisers in der Gesetzgebung des Deutschen Reiches. Ohne den König kann kein preussisches Gesetz in Wirksamkeit gelangen. Der König ist nicht nur allein im Besitz der vollziehenden Gewalt, er hat den gleichberechtigten Anteil mit jedem der beiden Häuser des Landtages auch in der gesetzgebenden Gewalt.

Wenn das preussische Königtum also nicht Klagen führen kann ob zu geringen Einflusses auf die Gesetzgebung in Preußen, so sind seitens der Minister des Königs um so peinlicher die Grenzen dieses königlichen Einflusses gegenüber den andern Faktoren der Gesetzgebung zu wahren. Der Erlass aber, für den der Kultusminister die Verantwortung übernommen hat, setzt sich über diese Grenzen hinweg.

Der König hat das Recht, bei seinen Ministern anzuordnen, in den Etat Summen für bestimmte Zwecke einzusetzen. Die Herausgabe eines Erlasses aber, in dem eine solche Anordnung vorzeitig der Öffentlichkeit übermitteln wird, bedeutet eine Beeinflussung der Gesetzgebung, die dem Geiste der Verfassung nicht entspricht.

Gewiß haben die Kammern des Landtages die Möglichkeit, nach ihrem Ermessen Stellung zu Summen zu nehmen, die der König in den Etat einzusetzen anordnet. Zweifellos aber ist ihre Entscheidung eine weniger freie, wenn vor dem ganzen Lande bekannt gegeben worden ist, daß eine bestimmte Summe auf ausdrücklichen Wunsch des Königs selbst gefordert wird. Da die etwaige Ablehnung alsdann nicht die Regierung, sondern den König unmittelbar treffen müßte, so wird der monarchische Sinn der Herrenhäuser und der Mitglieder des Dreiklassenwahlhauses dazu neigen, Summen zu bewilligen, die man bei völlig unbeeinflusster Entscheidung vertweigern würde.

Zwar ist anzunehmen, daß die beiden Kammern auch bei regelrechtem Verfahren aus dem Steuerfädel die Summen bewilligt haben würden, durch die der König seiner Kirchenfürsorge Ausdruck geben will, aber es würde dem Geist der Verfassung widersprechen haben, wenn der Kultusminister den Erlass nicht unterzeichnet, sondern den König aufmerksam gemacht hätte, daß es einen bedenklichen Eingriff in die freie Entscheidung des Landtages bedeutet.

Ist es auch nicht allzu wesentlich, ob der Absolutismus der Monarchie oder der parlamentarische Absolutismus des Junkertums in Preußen vorwiegt, so fordert doch der gesetzliche Sinn des preussischen Volkes, daß selbst vorläufige Verfassungen, so lange sie bestehen, vor Beeinträchtigungen bewahrt werden.

#### Das gefährdete Ministerium Zanardelli.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Wenn nach den Erklärungen Morgari in der italienischen Kammer der Gedanke des Jarenbesuchs in Rom fallen gelassen worden wäre, so wäre das die denkbar natürlichste Beilegung der ganzen Sache gewesen, der man ja anstandslos irgend ein diplomatisches Mantelchen umhängen konnte. Daß hinter Morgari noch andre Leute standen, konnte die Regierung aus der Bewegung gegen die Auslieferung des Golz schließen, die offen den Charakter einer Protestkundgebung gegen den Jarenismus trug.

Statt damals irgend eine Lösung herbeizuführen, hat das Kabinett thatenlos abgewartet, ohne etwas andres zu thun, als nach Petersburg zu versichern, der Jar werde würdig empfangen werden. Wenn das Ministerium dachte, diesen Empfang einer starken Volksströmung zum Troste durchzusetzen, so hätte es nach alter Gepflogenheit den „starken Mann“ spielen müssen und die Demonstrationen gegen den Jaren in Presse und Versammlungen unterdrücken. Obwohl der Erfolg sehr zweifelhaft war, hätte es sich damit vor den reaktionären Elementen der Kammer gerechtfertigt.

Das hat das Ministerium nicht gethan, und hat es so mit den Reaktionsären verdoeben. In gleicher Weise hat es aber den fortschrittlichen Elementen der Kammer zu Unrecht gehandelt, denn was es als vorbeugende Maßregel unterließ, hat es der Demonstration gegenüber gethan: die brutale Niederwerfung, Orgien der Polizeiwirtschaft, eine Unterdrückung nach russischem Muster. Und wenn es diesen Plan nicht ausführen konnte, so ist das dem Jaren, nicht der italienischen Regierung zu danken.

Jetzt, wo offiziell bekannt gemacht wurde, daß der Jar nicht kommt und zwar, wie jeder weiß, aus Besorgnis vor den angekündigten Demonstrationen, ist das erste und natürlichste Gefühl das der Enttäuschung; aber es folgt eine Reihe nachträglicher, abgeleiteter Gefühle, die die heutigen Blätter wieder spiegeln und aus denen sich für das Ministerium Zanardelli nicht gerade eine günstige Prognose ergibt.

Die ministerielle Presse, „Tribuna“, „Stampa“, „Patria“, umgibt die Frage, umgibt an eine Verchiebung des Besuchs, versichert Rußland ihrer warmsten Sympathie und schwört hoch und heilig, daß alles für einen feierlichen Empfang vorbereitet gewesen wäre. Die radikalen Blätter und der sozialistische reformistische „Tempo“ finden sich noch nicht zurecht und können natürlich die Früchte der Demonstrationen drohungen nicht loben, nachdem sie die Drohungen selbst so energisch getadelt hatten. Sie beschränken einen Teil des Ministeriums und Orientierung nach rechts.

Wer sich aber vor Freude nicht auskennt, sind die Sozialisten, die reaktionäre Opposition, die das Ereignis zu einer Haupt- und Staatsaktion aufblähen. Ihre beiden Hauptblätter, das römische „Giornale d'Italia“ und der Mailänder „Corriere della Sera“ erklären die jetzige Regierung jeder Autorität bar, unfähig die Interessen des Landes zu hüten, zu schwach, eine Handvoll Störenfriede im Jare zu halten. Italien steht für sie Schamrot vor den Kulturvölkern, entwürdig, mißachtet usw. und die lange Jeremiade klingt darin aus: Fort mit dem Ministerium, fort mit Zanardelli.

Unleugbar hat das Ministerium schwere Mißgriffe gethan. Für die große Mehrheit der Abgeordneten ist der Mißerfolg an sich schon

genü, um zu verzeihen, und daß es ein Mißerfolg war, nachdem man unvollständig verprochen hatte, den Haren würdig zu empfangen, seiner Polizei diese Überzeugung schließlich nicht verleihen zu können, liegt auf der Hand. Vom Standpunkt der Sozialisten und sogar vieler Ministerien war es falsch, auf die Interventionen Morgari überhaupt zu antworten — der Minister konnte die Antwort ablehnen — falsch, der ganzen zarenfeindlichen Bewegung zu freie Vahr zu lassen. Vom Standpunkt der Sozialisten und der Menschheit der äussersten Linken mußte das Stabilität der Volksbewegung soweit Rechnung tragen, daß es an zuständigen Stellen den Versuch als unangebracht hinstellte, da es nicht daran denken konnte, ohne Gewaltthaten den verhassten Gast dem Lande aufzudrängen. Nicht zum einen und andern entschlossen, hat es Zanardelli wieder einmal mit allen verdoeben.

Es dürfte sein letzter Mißerfolg sein. Daß ande in seiner Lage es nicht besser, sondern vielleicht schlimmer gemacht hätten, ist kein Widerungsgrund. Im Gegenteil. Man liebt die Gelegenheiten, ein Ministerium abzutun, gerade wo es sich nicht um eine Wahl zwischen zwei Wegen handelt. Jeder befinnt sich in einer über große Fragen entscheidenden Abstimmung ein Ministerium tot zu stimmen, denn er weiß, daß diese Abstimmungen festlegen und verbindlich. Ueber die Zarenfrage wird man mit Wärme gegen Zanardelli stimmen, um so mehr, als die große Unklarheit der Situation viele Hoffnungen über die Nachfolge aufkommen läßt, die bei einer klaren Sachlage unmöglich wären.

In der Partei werden ja die Diskussionen jetzt nicht ausbleiben, ob es zweckmäßig war, die Zaren demonstration zu planen, an der nun Zanardelli sich den Hals bricht, um vielleicht einem Schlimmeren den Weg zu räumen. Schon die heutigen Andeutungen der Presse lassen eine solche Diskussion voraussehen. Da die Partei aber nicht die Verpflichtung fühlen kann, die Vernehmung für die ganze innere Politik des Landes zu steuern, wird ihr das Bewußtsein, aus Solidarität mit den russischen Genossen und im Einklang mit dem Volksempfinden gehandelt zu haben, Rechtfertigung genug sein, es konnte nun ein Ministerium Sachsi oder Sonnino.

## Deutsches Reich.

Wie man in den Ostmarken „germanisiert“.

Aus Samter meldet eine Korrespondenz: Der Baunternehmer A. Richter in Grünberg bei Oberhirsch im Kreise Samter erbaute vor einigen Jahren auf Anregung aus der Bürgerschaft auf seinem an der Chaussee Oberhirsch-Osterau circa zwei Kilometer von Oberhirsch entfernten Grundstück ein Restaurant mit Gartenanlagen, Ställen usw. Es war als Ausflugsort für die Bewohner von Oberhirsch und Umgebung gedacht und erforderte einen ziemlich hohen Kostenaufwand. Das Konzeptionsgeschäft wurde unterschrieben durch die ersten Bürger von Oberhirsch unterstützt. Aber sowohl der Kreis- und auch Bezirksauschuss verweigerte die Konzeptionserteilung.

Um nun die Gebäude-Anlage nicht ganz leer und zynisch dastehen zu lassen, verpachtete Herr Richter den Saal an den Verband der Maurer und Zimmerleute von Grünberg und Umgebung. Dieser Verband stellt „Im Versuch“ socialdemokratischer Geminnung. Herr Richter selbst hat die Beiträge von 1896 und 1897/71 mitgemacht, ist 13 Jahre Gemeindevorsteher, 6 Jahre Kreisdeputierter gewesen und wurde jetzt wieder zum Gemeindevorsteher gewählt und bestätigt.

Kam aber begann der erste Akt des Dramas. Herr Richter erhielt folgendes Schreiben:

Der königliche Landrat des Kreises Samter.  
Zg.-Hff. usw.

Samter, 18. September 1903.

Nachdem die Bestätigung Ihrer Wahl zum Gemeindevorsteher der dortigen Landgemeinde in Nr. 30 des „Kreisblattes“ von mir bekannt gemacht worden war, ist mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß Sie die socialdemokratischen Bestrebungen fördern.

Ich beabsichtige deshalb befristet Einkleitung des Verfahrens auf Ihre Entfernung aus dem Amte als Gemeindevorsteher eine Stellungnahme des Kreis-Aussschusses in der am nächsten Mittwoch, den 23. d. M., stattfindenden Sitzung herbeizuführen und ersuche Sie, mir vor Mittwoch Ihre Aeußerung zugehen zu lassen.

(Unterschrift unleserlich.)

An den Baunternehmer

Herrn August Richter in Grünberg.

Der die „verschiedenen Seiten“ sind, die die Denunziation eingereicht haben, mag dahingestellt bleiben. Aber ihr ist Folge gegeben worden, wie aus folgendem weiteren Schreiben hervorgeht:

Samter, 2. Oktober 1903.

Gegen den Gemeindevorsteher und Steuerheber August Richter zu Grünberg, Kreis Samter, welcher nach Vorermittlungen hinsichtlich des besagten Saales, als Beamter die Pflichten, die ihm sein Amt auferlegt, verläßt und sich durch sein Verhalten der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Verth erfordert, unwürdig gezeigt zu haben, indem er die socialdemokratischen Bestrebungen fördert, wird hiermit das Disciplinarverfahren mit dem Zwecke auf Entfernung aus dem Amte eingeleitet. Zum Untersuchungs-Kommissar wird Herr Distriktskommissar M. . . . . ernannt.

Der Landrat.

J. B.: Janowski, Kreissekretär.

Bechluss-Nr. 6130/03.

Ein offenbar brav gesinnter Baunternehmer, der seinen Saal einer Arbeitervereinigung zur Verfügung stellt, wird also wegen Förderung socialdemokratischer Bestrebungen gemahregelt. Der Fall erinnert an das Disciplinarverfahren gegen einen mittelbaren Beamten, der in seinem Hause einer Socialdemokratin eine Wohnung vermietet hatte. Der Fall wird sicher sehr zur Hebung des Ansehens germanischer Kultur in den Ostmarken beitragen!

## Ein kleiner Fall Hässener.

Salle, 14. Oktober. (Fig. Ver.)

Am Abend des 21. August rief das Vorgehen des Hauptmanns v. Griesheim von der 1. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 75 in den Städtchen Göhring bei Altenburg große Aufregung und Verwirrung unter der dortigen Bevölkerung hervor. Jenes Hallsche Regiment war dort gelegentlich des Wanders einquartiert, und der Hauptmann, der in Begleitung des Rittmeisters der Reserve Schubert von einem Konzert kam, verfiel abends gegen 1/12 Uhr auf den genialen Gedanken, einmal selbst die Lokale zu kontrollieren und zu sehen, ob Mannschaften seiner Batterie über Japanreich ausgeblieben wären. Im Saale zum Deutschen Haus, wo Tanzmusik war, traf der Hauptmann auch einige Kanoniere an, denen er den Befehl erteilte, sich sofort in ihre Quartiere zu schieben. Die Leute gingen und der pflichterfrige Hauptmann fühlte das Bedürfnis, noch weitere Lokale zu revidieren. Sein Begleiter, Rittmeister Schubert, ein dortiger Fabrikdirektor, der wahrgenommen hatte, daß sich, wie er sich in der Kriegsgerichts-Verhandlung auszudrücken beliebt, „so viel Kerls vom Civil“ um den Hauptmann versammelt hatten, erteilte dem Hauptmann den Rat, in Vertretung der dortigen Bevölkerung die Kontrolle nicht unbewaffnet vorzunehmen und seinen Säbel unzufassen. Herr v. Griesheim suchte sich nun in einem Lokal den Unteroffizier Wegener auf, um mit diesem von seinem Quartier den Säbel zu holen. Auf dem Wege dorthin traf er dann in der Kurzstraße den 23-jährigen Kanonier Emil Zinte, der in Begleitung einiger Zivilisten in sein Quartier gehen wollte. Erwähnt sei, daß zur Zeit, als die Sache durch die Presse ging, selbst konservative Wälder anerkannten, daß die Soldaten in dem roten Sachsenlande von der dortigen Bevölkerung freundlich aufgenommen waren. Dem Zinte war von einem ihn begleitenden Säbelschmied der Rat erteilt worden, sich vor dem Hauptmann zu verstellen. Der Hauptmann ging aber mit dem Rufe: „Da ist ja wieder einer“ auf J. zu und packte ihn am Arme. Als J. sich aber los zu machen suchte, rief der Hauptmann: „Nieder mit Dir Hund“ und in

demselben Augenblick zog Unteroffizier Wegener den Säbel und sägte damit J. über den Kopf. Der Getroffene stürzte stark blutend betäubt auf den Boden und seitens der Zivilisten fielen nicht besonders angenehm klingende Aeußerungen gegen den Hauptmann und seine Begleiter. Das Publikum begleitete den Verwundeten nach dem Arzt Dr. Meier, und als Zinte nach dem Bahnhof gebracht wurde, um nach Altenburg in das Garnisonlazarett geschafft zu werden, kam ein mit voller Kraft geladener Ziegelstein vom Publikum her nach der Richtung hin, wo die Militärpersonen gingen, geflogen. Das Publikum wurde schließlich mit den Waffen zurückgewiesen.

Ganzlos, mit den Intentionen des Militärwesens nicht vertraute Personen glaubten nun damals, es werde ein Verfahren gegen Hauptmann v. Griesheim kommen. Allerdings kam ein Verfahren, aber nicht gegen den Hauptmann, sondern gegen den Kanonier Zinte, der nun wegen thätlichen Angriffs gegen den Hauptmann, Widerlegung und anderer Jurisdictionen-Vergehen vor dem hiesigen Kriegsgericht der 8. Division angeklagt war. Der Angeklagte gab zu, über Japanreich ausgeblieben zu sein, bestritt aber mit aller Entschiedenheit, irgend einen Angriff gegen den Hauptmann unternommen zu haben. Der Hauptmann und Unteroffizier Wegener bekundeten aber das Gegenteil. Die Worte: „Nieder mit Dir Hund“, oder „Sägte ihn nieder“, wären von dem Hauptmann erst gefallen, als Zinte bereits am Boden gelegen. Die geladenen Zivilpersonen hatten jedoch andre Wahrnehmungen gemacht. So beschwor u. a. die Jungfer Maria Rauch, daß sie erst die Worte des Hauptmanns „Sägte ihn nieder“, dann das Rufen des Säbels und dann den Schlag gehört habe. Der Angeklagte vertritt einen „minder schweren Fall“ als vorliegend an und beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren zwei Wochen Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Das Gericht sprach Zinte von der Anklage des thätlichen Angriffs frei, verurteilte ihn aber wegen Widerlegung und Angehörigens zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung hieß es u. a.: Subjektiv könnten die beiden Jengen, der Hauptmann und der Unteroffizier, wohl geglaubt haben, es erfolge ein thätlicher Angriff; objektiv sei aber davon nichts erwiesen. Der Herr Hauptmann sei erregt gewesen und habe sich infolgedessen in einem Irctum befunden.

## Neue Kanonen und Gewehre

lündigt auch der Oberst a. D. Gädtele im „Berliner Tageblatt“ an. Von der neuen Artillerievorlage meint er:

Durch die Wälder ging die Nachricht, daß im nächsten Frühjahr den Reichstage eine Forderung von 15 bis 20 Millionen Mark zur Umänderung der vorhandenen Feldgeschütze in Rohreidungsgeschütze unterbreitet werden solle. Wenn auch diese Meldung aus dem Kriegsministerium heraus alsbald für unzutreffend erklärt wurde, so kommt dem Widerruf zweifelsohne keine mehr als rein formelle Bedeutung zu. Die Höhe der notwendigen Geldsumme wird wohl sehr viel größer sein und der Zeitpunkt, zu dem die Vorlage eingebracht werden soll, mag sich etwas verschieben. Die Regierung wird jedenfalls Wert darauf legen, zunächst die neue Heeresvorlage bewilligt zu sehen, und wird dann erst mit der voranschreitend sehr beträchtlichen Forderung für die Geschützumänderung hervortreten. Kommen wird diese Vorlage jedenfalls im Laufe des nächsten Jahres, denn sie ist notwendig. Deutschland ist durch andre Staaten in seinem Beschütssystem erheblich überlagert worden. Gädtele dürfte die Absichten der Regierung richtig beurteilt haben. Erst die Heeresvermehrung und dann die Kanonen. Keine man gleich mit der Artillerievorlage, so würde selbst der Rechten die Bewilligungsbereitschaft bei der Heeresvermehrung erschwert werden. Die Durchführung der Regierung erleichtert ihr Gewissen. Demeist man ihr später die „Notwendigkeit“ der Artillerievorlage, so ist sie für jede Forderung zu haben.

Ueber die 1898er Artillerievorlage fällt Gädtele folgendes Urteil: Als wir unsre gegenwärtigen Geschütze im Jahre 1896 beziehungsweise 1898 einführen, waren dafür wohl mehr politische als technische Erwägungen maßgebend. Allein vom Standpunkte der Technik aus betrachtet war das neue Geschütz eine überreife Konstruktion, da man bei ihm nicht alle diejenigen Verbesserungen anbrauche, deren Durchführbarkeit schon damals übersehen werden konnte. Künftig hätte die Erledigung der sich hieran knüpfenden Fragen und Verluste noch einige Jahre in Anspruch genommen, was angesichts der damaligen Bewaffnung bei den übrigen Mächten kein Nachteil gewesen wäre.

Das heißt mit andern Worten: Trotzdem damals bei dem Stande der Artillerie der Nachbarmächte für eine neue Artillerie-Änderung bei und nicht die geringste Ursache vorlag, und trotzdem vom Standpunkte der Technik aus die Neubewaffung als verfehlte Ueberreife angesehen werden mußte, wurden für 150 Millionen neue Geschütze angefertigt! Gädtele meint aus „politischen“ Gründen, trotzdem er ja gerade das Vorliegen politischer Gründe, die nur in der drohenden Ueberlegenheit anderer Mächte erblickt werden könnten, bestreitet. Die „politischen“ Gründe dürften in letzter Instanz in dem Beschütigungsbedürfnis der Firma Krupp bestanden haben.

Erwähnt sei noch, daß Gädtele auch die Reubewaffung unster Infanterie und Kavallerie in nicht zu fernem Ausblick stellt!

Das laute Geschrei über Wahlsäuschungen, das die Reaktion bald nach der Wahl am 16. Juni erhob, stellt sich immer mehr als völlig unbegründet heraus. Hier und da sind Irrthümer vorgekommen, aber weiter nichts. In die früheren Mitteilungen dieser Art reißt sich die heutige aus Königsberg: Die Strafkammer verhandelte heute gegen zwei hiesige Einwohner wegen Wahlvergehens. Diese hatten bei der letzten Reichstags-Stimmwahl auf Grund je zweier für verschiedene Wahlbezirke geltender Einladungen zur Wahl, die ihnen irrtümlich zugeführt worden waren, ihre Stimmen auch an zwei Stellen abgegeben. Die Strafkammer sprach beide Angeklagte mit der Begründung frei, daß die Angeklagten infolge irrthümlicher Rechtsirrtums die That begangen hätten.

Ueber Hässener wird uns in Ergänzung unsrer gestrigen Meldung noch aus Magdeburg mitgeteilt, daß die „Saale-Zeitung“ nicht richtig orientiert war, daß vielmehr Hässener nur in der Haupt-Allee der Citadelle täglich beim Spazierengehen zu beobachten ist. Er trägt seine Uniform, jedoch nicht den Dolch. Aus folgendem Grunde darf er „einzwicken“ nicht in die Stadt gehen: Auf der Citadelle verbleibt noch ein anderer Marinemann eine längere Strafe. Als diesen das vorbeiziehende Publikum sah, glaubte es, den Offizier Helden vor sich zu haben und pflanzte sich vor dem Eingang zur Citadelle demonstrativ auf. Im Augenblick hatte sich eine große Menschenmenge dort angesammelt, die lebhafteste Ausdrücke des Jornes gegen Hässener laut werden ließ. Durch diese Demonstration ist die Festungsverwaltung über die Stimmung der Bevölkerung hinreichend belehrt worden.

Soldatenmishandlungen. Vor dem Kriegsgericht in Trier kamen am Dienstag folgende Soldatenmishandlungen zur Aburteilung: Ein Gefreiter vom 29. Infanterie-Regiment hatte als Stubenältester einen Musiker unter das Kinn und gegen die Brust gestossen. Er erhielt 14 Tage Mittelarrest. — Dann wurde verhandelt gegen einen Feldwebel und einen Unteroffizier von der vierten Compagnie des 69. Infanterie-Regiments. Der Feldwebel hat einen Soldaten zweimal ins Gesicht geschlagen. Der Unteroffizier hatte mehrere Soldaten mishandelt. Einen hat er gegen die Brust gestossen, daß er gegen ein Weis und blutete. Einen Soldaten hat der Unteroffizier nach dem Dienst gezwungen, einen Ofen zu putzen, wodurch der Mann erst um 5 Uhr nachmittags sein Essen bekam. Einen anderen schlug er derart mit einer Peitsche auf den Kopf, daß diese entzwei ging. Auch in anderer Weise hat er die

Leute noch gequält. Das Gericht verurteilte den Feldwebel zu acht Tagen gelinder Arrest, den Unteroffizier zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis.

Aus dem 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreise. Die Chemnitzer „Vollstimme“, unser Partei-Organ im 15. sächsischen Wahlkreise, schreibt über die dortige Kandidatenfrage:

Der Vergebensbildung beiseitigen sich Amtsblätter und andre Zeitungen. Es ist ihnen aufgebunden worden, im Socialdemokratischen Verein zu Mittweida seien in der Hauptfrage die Meinungen dahin gegangen, Göhre abermals als Kandidat aufgestellt zu sehen. Von einer Wiederaufstellung Göhres ist keine Rede. Wir lassen nochmals die Resolution folgen, die in Mittweida angenommen worden ist.

Die am 10. Oktober 1903 tagende Mitgliederversammlung des Socialdemokratischen Vereins zu Mittweida beurteilt die Kandidaten-niederlegung des Genossen Göhre, da Göhre trotz der jüngsten Vorkommnisse in der Partei immer noch das vollste Vertrauen der Genossen hat. Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern aus über das Verhalten einer großen Anzahl Genossen in den Ende September in Berlin abgehaltenen Parteiverfassungen und erwartet vom Parteivorstand, daß er nach Möglichkeit dazu beiträgt, daß die gegenwärtigen Debatten, die das Parteileben vergiften, in sachliche Bahnen zurückgeführt werden.

Ein andres Blatt will gehört haben, daß die socialdemokratische Parteileitung die Absicht habe, Antrid oder Dr. Karl Lieb-nrecht kandidieren zu lassen. Die Parteileitung kann, das sollte man doch in den bürgerlichen Wäldern nachgerade wissen, nicht bestimmen, wer kandidieren soll, sondern die Entscheidung liegt ganz allein bei der Parteiverammlung, die Sonntag über acht Tage stattfindet. Thatsächlich ist die Kandidatenfrage zur Zeit noch ganz offen.

Aus Sachsen-Weimar. (Fig. Ver.) Die Urwahlen zum Landtage — in 23 Kreisen sind die Wahlmänner zu wählen — finden voraussichtlich am 18. November statt. Die Wahlbewegung ist eine viel regere wie in den früheren Jahren. Unfre Parteigenossen sind in 14 Kreisen in voller Thätigkeit. Trotzdem der Freisinn in ein paar Kreisen um die socialdemokratischen Stimmen wird, haben sich in Apolda und Jena die Freisinnigen mit dem übrigen Wählerthum vereinigt, um uns diese Kreise, welche bisher durch die Genossen wandert und Reid im Landtage vertreten waren, wieder zu entreißen. Aus Dankbarkeit dafür, daß bei der Reichstagswahl der Freisinn in Weimar die andern rechtsstehenden Parteien so schön unterstützt hat, erhält nun bei der Landtagswahl daselbst der Freisinn die gesamte reaktionäre Unterstützung. In Jena dagegen haben die Freisinnigen beschlossen, trotzdem dieselben bisher mit socialdemokratischer Hilfe den Kandidaten stellten, auf einen Kandidaten zu verzichten und die socialdemokratische Kandidatur zu unterstützen.

## Husland.

### Der russisch-japanische Konflikt

scheint vorläufig auf diplomatischem Wege geschlichtet werden zu sollen. Aus Tokio meldet das Reutersche Bureau:

Die im Umlauf befindlichen heurührenden Meldungen sind übertrieben. Die letzten hier bekannt gewordenen Thatsachen sind folgende: Baron v. Nojen und der Minister des Aeußern Komura hatten gestern eine Besprechung. Die japanische Presse beobachtet auf Wunsch des Auswärtigen Amtes über die Lage Stillsteheweigen.

„Daily Mail“ berichtet aus Kobe, daß dort am 13. d. M. eine Konferenz alterjähriger Staatsmänner stattgefunden habe, an der auch in erster Linie erprobte Staatsmänner teilgenommen hätten, die dem Kabinett nicht angeteilt hätten. Auch der neue Vizepräsident des Generalstabes Kodama sei zugegen gewesen. Es sei eine Resolution zur Annahme gelangt, daß Japan keinerlei Bewegung Ruhandels zulassen könne, welche die Unabhängigkeit Koreas gefährde. — „Morning Post“ erzählt aus Washington, das Kriegsministerium habe zwei zur Zeit in Shanghai liegende Kanonenboote angewiesen, nach Formosa zu fahren und dort weitere Instruktionen abzuwarten.

Die „Russische Telegraphen-Agentur“ berichtet: Aus Port Arthur liegt eine Reihe von Meldungen vor, welche die ruhigere Stimmung in Japan erkennen lassen. Aus Tokio wurde nach Port Arthur gedruckt, die Gerüchte über ausgedehnte Vorbereitungen zum Kriege seien unbegründet und die Meldungen über erregte Stimmung aufgehoben. Dem Manifest der Progressiven messe man in Japan geringe Bedeutung bei.

„Kohy Krai“ zufolge lud das japanische Kriegsministerium 28 Redakteure ein, Härte bei über die Lage auf und empfahl ihnen, bei ihren Auslassungen mögliche Vorsicht zu beobachten. Wie das genannte Organ des Statthalters, so weist auch die „Primordija Bedomosti“ die Unmöglichkeit der Räumung der Mandchurie nach, solange der Rußland in China fordbanere. Das Blatt betont, der Mikado und Morquis Ito seien entschlossen gegen einen Krieg. Japan werde daher säuberlich seine Besonnenheit verlieren. „Kohy Krai“ tritt für die Errichtung von Handelschulen und Seemannsschulen in Ostasien ein. Die eigne Berufsausbildung werde Rußland im fernem Osten von der Abhängigkeit von den Ausländern befreien.

Die „Times“ melden aus Tokio vom Mittwoch: Die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan nehmen in Tokio ihren Fortgang. Es besteht gegenwärtig kein Grund, an einem friedlichen Ausgange derselben zu zweifeln. Es wird jetzt erklärt, daß das angebliche russische Fort in Hongampho nur eine Signalstation zur Vermittlung der Verbindung mit Antung ist.

Einige Lajan-Meldungen fahren dagegen fort, Gerüchte über russische Missionen und japanische Kriegs Vorbereitungen zu verbreiten. In Tschifu glaube man an den Sieg der japanischen Flotte, falls es zum Kriege kommen sollte. Man meint, die neu ausgerüsteten chinesischen Kruppen würden Japan in jedem Kriege in der Mandchurie gegen Rußland unterstützen. Während der letzten neun Monate wurden große Wassenvorräte nach China eingeführt. Die Einfuhr von Munition dauert fort. Ein kleiner mit Dynamit und Munition beladener Dampfer liegt vor Tschifu. Er darf seine Ladung nicht löschen. Die russische Torpedostille ist numerisch stärker als antich angegeben wird. Viele Torpedofahrzeuge wurden in Port Arthur ausgerüstet.

Ferner würden zwei russische Armeekorps in einer Gesamtstärke von 100 000 Mann gegenwärtig mobil gemacht und durch Sibirien befördert.

### Ein Friedensstoß.

Bei dem Diner im Elisee, das am Mittwoch zu Ehren des italienischen Königs paars veranstaltet wurde, brachte Loubet einen Trinkspruch auf den König von Italien aus, in dem er den Wunsch als „eine glänzende Kundgebung des engen Einvernehmens“ bezeichnete, das zwischen den Regierungen Italiens und Frankreichs hergestellt ist und das in gleicher Weise den Wünschen und Interessen des italienischen wie des französischen Volkes entspricht.

Victor Emanuel beantwortete den Toast mit einer Ansprache, aus der folgende Stelle sich über den üblichen Höflichkeitstausch erhob:

Wie Sie, Herr Präsident, sehe ich in einem solchen Empfang etwas mehr als eine einfache Kundgebung jener ausgesuchten Höflichkeit, die eine der traditionellen Eigenschaften der edlen französischen Nation ist. Mit Recht sieht Frankreich meine Gegenwart in Paris als ein natürliches Ergebnis des zwischen unsren beiden Ländern glücklich vollendeten Werkes der Annäherung an. Die Interessen Italiens gehen dahin, daß es mit allen seinen Kräften die Erhaltung des Friedens wünscht, und seine Stellung in Europa legt es in die Lage, durch seine Haltung zur Verwirklichung dieses in haben Grade der Civilisation dienenden Ergebnisses beizutragen. Nach diesem Ziel richten sich meine heißesten Bestrebungen ebenso wie die beständigen Bemühungen meiner Regierung.

Victor Emanuels Friedensbestrebungen dürfen schon deshalb als aufrichtiger angesehen werden als die des Verküunders des Friedensnamens, weil Italien aus europäischen Kriegswirren keinerlei Vorteil ziehen könnte.

### Oesterreich-Ungarn.

Der böhmische Landtag ist wieder einmal vollkommen obstruiert und arbeitsunfähig. Es liegen ganze Haufen von Interpellationen vor, darunter eine der deutschen Gruppe über das Verbot der Aufführung von Paul Heydes „Maria von Magdala“. In die Interpellation — die nach der Geschäftsordnung ganz verlesen werden muß — ist das ganze Drama aufgenommen, und nach jeder Scene wird gefragt, ob sie das Verbot der Aufführung verurteilt habe!

### England.

Lord Rosebery hielt, wie schon gemeldet, vergangenen Dienstag in Sheffield eine große Rede gegen Chamberlains Zollpläne. Folgende Resolution wurde angenommen: Die Versammlung erklärt mit aller Entschiedenheit, daß die gegenwärtige Regierung nicht mehr das Vertrauen des Landes besitzt, da sie — ohne Rücksicht auf das Volkswohl — die Steuern in bedrohlicher Weise erhöht, ein „Anterriichts-Gesetz“ angenommen hat, das mit den religiösen und liberalen Anschauungen in Widerspruch steht, da sie endlich geradezu leichtfertige Veränderungen in unser Finanzpolitik angebroht hat, die den Preis der Nahrungsmittel erhöhen würden, und so den Handel und die Staatsfinanzen bereits aufs schwerste gefährdet hat.

### Henry Demoreß Lloyd.

London, 13. Oktober. (Eig. Ber.) Anfang dieses Monats starb in Chicago der amerikanische Socialreformer und glänzende Schriftsteller Henry D. Lloyd. Er war einer der bekanntesten Typen der angelsächsischen Reformer in den letzten fünfzehn Jahren. Reich, gebildet und mit einem stark ausgeprägten Sinn für soziale Gerechtigkeit zog er sich in den achtziger Jahren von der Journalistik zurück, um als unabhängiger Schriftsteller die Truths erforschen zu können. Die Frucht dieser Arbeit war sein Buch „Wealth against Commonweal“ (Eigeninteresse gegen Gemeininteresse), das den Ursprung und die Entfaltung des Rockefeller'schen Vercolenments in Carlisle'scher Sprache schildert. Das Buch wird ein historisches Dokument von großem Werte bleiben. In den Vereinigten Staaten wurde es trotz seiner Schwere, trotzdem sich Verfasser und Verleger alle Mühe gaben, die Kritik der Presse herauszufordern. Lloyd hat indes nicht gehalten, was sein erstes Buch versprochen hatte. Er hat sich nicht zum Socialdemokraten entwickelt, sondern blieb in der angelsächsischen Reformerei stehen, wozu auch die eigenartige, verweichlichende Atmosphäre der neunziger Jahre viel beigetragen haben mag. Er wandte sich dem Studium der Genossenschaften zu und beschränkte das englische Genossenschaftswesen in seinem Buche „Labour Co-partnership in England“. Von England wandte er sich folgerichtig den englischen Kolonien zu und ging nach Australien und nach Neuseeland, wo er an dem dortigen Social-Liberalismus sein Ideal fand. Die Ergebnisse dieser Forschungen legte er nieder in seinen Schriften „Newest England“ (Neuestes oder Verjüngtes England) und „A Country without Strikes“ (Ein Land ohne Streiks). Letztere Schrift ist vollständig den Verhältnissen und Ausdehnungsarten in Neuseeland gewidmet. Aber auch politisch ist sein Vortragsgang lehrreich. Anfangs ein reiner Pantler, wurde er, gleich vielen seiner Landsleute, in den letzten Jahren angelsächsisch gefimmt und schloß sich von der alten englischen Primat angezogen. Immerhin war er einer der tüchtigsten Männer, die das angelsächsische, socialimperialistische Bürgertum in den letzten Jahren hervorgebracht hat.

### Landtagswahl.

Der Erfurter Magistrat scheint dem Beispiele anderer gefolgt zu sein, denn er erließ die Bekanntmachung der Auslegung der Wählerlisten am 12. d. Mts. mittags, trotzdem die Listen bereits seit 9 Uhr vormittags auslagen. Die Nummer des amtlichen Organs erscheint mittags zwischen 1 und 2 Uhr und somit konnten die Arbeiter, die nämlich ihrem Berufe nachgehen müssen, erst abends von der Bekanntgabe Kenntnis nehmen. Da die Listen aber nur vom 12. bis 14. Oktober während der Dienststunden ausliegen, so kann in Wirklichkeit nur von zwei Tagen, von der Bekanntgabe ab, gesprochen werden. Unsere Genossen werden diese verpatete Bekanntgabe der Auslegung der Wählerlisten zu einem Wahlprotest benutzen.

Zur Landtags-Wahlbewegung in Nassau schreibt man uns: Von einer rechten Wahlbewegung ist noch sehr wenig zu spüren. Am trübsinnigsten ist der Freisinn, der noch keine einzige größere Wahlversammlung abgehalten hat. In einer vertraulichen Besprechung, die kürzlich der Landesausführer der freisinnigen Partei für Nassau in Wiesbaden hatte, wurde zwar die Notwendigkeit einer stärkeren Agitation unter Hinweis auf die Mäßigkeit der Nationalliberalen und Socialdemokraten gefordert, aber gehen ist bis jetzt nichts worden. Die freisinnigen Herrschaften beklagten es, daß die nationalliberalen sich so gar nicht auf ihren „Liberalismus“ besinnen und mit den freisinnigen zusammenhängen. Das soll heißen, daß sie die freisinnigen nicht wählen helfen. Da von Links auf keine Wahlsliste zu hoffen ist, soll der Nationalliberalismus diesmal gut genug sein, das freisinnige Schicksal in den Hofen zu bringen. Und weil der Nationalliberalismus das nicht thut, sondern mit den Konservativen und dem Centrum liebäugelt, wird er von der freisinnigdemokratischen Presse des Landes geächtet. So jammerle man in der vertraulichen Besprechung in Wiesbaden darüber, daß nationalliberale Landtagsabgeordnete wie Wolf-Wiedrich und Lohmann-St.-Gonardhausen, die seit Jahren nur dank nationalliberaler Hilfe gewählt worden seien, sich nicht gescheut hätten, die freisinnigen zu bekämpfen. Das Gesammtbild erhebt sich daraus, daß die Wiesbadener Nationalliberalen beschloffen haben, im Falle einer Stichwahl nicht den bisherigen freisinnigen Vertreter Müller-Sagan zu unterstützen, sondern den konservativen Junghans und Vorsitzenden der Wiesbadener Handwerkskammer Schneider. Das bedeutet für die freisinnigen den voraussehbaren Verlust des Wiesbadener Stimm. Aus Kerger darüber wollen sich diesmal auch die freisinnigen nicht zu Hilfsdiensten für die Nationalliberalen hergeben, sondern möglichst in allen Kreisen eigene Kandidaten aufstellen. Natürlich wissen sie ganz genau, daß das nur Durchfallskandidaten sind; und da man mit der Socialdemokratie um keinen Preis zusammengehen will, liebäugelt man mit dem Liberalismus und dem — Centrum. Dieses will aber auch nichts von den freisinnigen wissen. In einer kürzlich in Limburg stattgehabten Besprechung der Centrumpartei hat diese beschloffen, liberal, wo es möglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen und für deren Durchbringung eifrig zu arbeiten. Diese Wahlmänner werden dann an den Reichstenden verhandelt. Wie das geschieht, hat dieser Tage die „Frankfurter Volksstimme“ durch Veröffentlichung eines vertraulichen Briefes des Centrumsführers Dr. Heilrich in Frankfurt a. M. an den dortigen nationalliberalen Landtagskandidaten Martell enthüllt. Darin erklärt sich das Centrum bereit, den Nationalliberalen bei der Landtagswahl Wahlhilfe zu leisten, wenn diese sich verpflichten, den Schwarzweil bei den nächstjährigen Frankfurter Stadtverordnetenwahlen drei Mandate zu verschaffen. Durch die indiskrete Veröffentlichung der „Volksstimme“ dürfte freilich der schöne Kaufhandel zu Wasser werden. Die Wamieraten sind natürlich die Nationalliberalen, während die freisinnigdemokraten sich jetzt aber den enthaltenden Anshandel freuen, um so mehr freuen, als auch sie eine heimliche Liebe für die Schwarzweil bekunden, aber einen Stroh erhalten hatten. Im allgemeinen zeigt die Wahl ein Bild größter Zerfahrenheit. Die bei der Reichstags-Wahlbewegung beobachtete Einigkeit der „Ordnungsparteien“, als es galt, gegen die Socialdemokratie zu Felde zu ziehen, ist beim Teufel, weil jetzt jede der bürgerlichen Parteien an die preussische Landtags-Trippe möchte.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Einfluß der Crimmitschauer Aussperrung auf die Textilindustrie in München-Glabach.

Die jetzt schon an acht Wochen dauernde Aussperrung der Crimmitschauer Spinnerereien, durch die 150 000 Spindeln zum Stillstand gebracht worden sind, hat in der Weberei München-Glabach, die vielfach Crimmitschauer Jmitat- und Jancy-Garne verarbeitet, zur Ausherbereitung zahlreicher Webstühle geführt. Bereits vor drei, vier Wochen machte sich in der Glabbacher Jancy-, Dedon- und Hofenzug-Weberei ein Mangel an den hierfür erforderlichen Garnen bemerkbar, der seitdem mehr und mehr zugenommen hat. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, wird die Zahl der infolge des Streiks stillstehenden Webstühle des München-Glabbacher Bezirks auf etwa 300 geschätzt; eine jüngst in der „Rheinischen Volkszeitung“ veröffentlichte Angabe, die von 1000 stillstehenden Stühlen sprach, ist übertrieben. Eine Anzahl der in Betracht kommenden Webereien sucht sich nämlich mit Mulegarn aus den hiesigen Spinnerereien durchzuhelfen, so daß die Kalamität doch nicht so erheblich geworden ist, wie man zuerst befürchtete. Auch von Arbeiterentlassungen hört man bis jetzt nichts. Die betreffenden Webereien suchen zu meist diese Maßnahme zu umgehen, indem sie die Weber, die bisher zwei Stühle bedienten, mit einem Webstuhl beschäftigten; dadurch wird das Verdienst der in Frage kommenden Arbeiter zwar etwas geringer, die Leute kommen aber doch nicht ganz aus ihrem Lohn.

Im Gegensatz zur Weberei zieht die Glabbacher Spinnererei aus der Crimmitschauer Aussperrung einen entschiedenen Nutzen. Zunächst hat sich der Verbrauch von Mulegarnen erhöht, dann sind die wenigen Spinnerereien des Bezirks — es sind fünf bis sechs — die selbst Jmitatgarne zum Verkauf herstellen, natürlich außerordentlich flott und bei steigenden Preisen beschäftigt. Wie bedeutend die Einfuhr sächsischer Jmitat- und Jancy-Garne nach dem M.-Glabbacher Bezirk war, geht aus der neuesten Statistik der dortigen Handelskammer hervor. Danach sind aus Verdau und Crimmitschau 1899 über 6 000 000 Kilogramm solcher Garne, 1900 5 686 202 Kilogramm, 1901 3 684 900 Kilogramm und 1902 4 435 000 Kilogramm von Webereien des M.-Glabbacher Bezirks bezogen worden. Wenn man nun den Versand aus Verdau auf etwa die Hälfte berechnet, so bleibt für Crimmitschau immer noch ein wesentlicher Versand von 45 000 bis 50 000 Kilogramm übrig, der jetzt natürlich ganz vorfällt. Schon früher ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die betreffenden Garne ebenso gut in Glabach selbst hergestellt werden könnten. Allmählich sind dann dort auch einige Jmitatgarne Spinnerereien entstanden. Durch den Crimmitschauer Streik ist diese Tendenz zweifellos erheblich verstärkt worden. Man hört allgemein von Vergrößerung der Glabbacher Jmitatgarne Spinnerereien.

Die Crimmitschauer Aussperrung zieht auf diese Weise im München-Glabbacher Gebiet eine Konkurrenz groß, die sich den Crimmitschauer Spinnerereibesitzern später noch recht fühlbar machen wird.

Der Feinblech-Verband eröffnet gegen die außenstehenden Werke, die mit ihrer Produktion von ungefähr 40 000 Tonnen ihn bei seiner Preispolitik sehr im Wege stehen, einen energischen Kampf. Auf Beschluß der letzten Generalversammlung hat er, wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ berichtet, zunächst seinen Preis von 137,50 M. auf 123 M. erniedrigt, wird aber, wenn damit der Zweck nicht erreicht wird, eine weitere Preiserhöhung eintreten lassen. (In dem Preise von 120 M. sind bereits die üblichen Rabatte mit einbezogen, in demjenigen von 137,50 M. dagegen nicht.)

Ob die Duisburger durch das Vorgehen des Verbandes veranlaßt werden, sich zum Anschluß an denselben zu entschließen, bleibt zunächst eine offene Frage, da bedeutende und leistungsfähige Werke zu den außenstehenden zählen, die den Kampf aufnehmen können. Unterstützung findet in diesem Kampf der Feinblech-Verband beim Halbzeug-Verband. Der Halbzeug-Verband sendet den Feinblech-Verbandsmitgliedern ein Mandat, womit er diesen die Ausführungsvergütung von 10 M. auf 15 M. erhöht. Die nicht im Feinblech-Verband befindlichen Werke erhalten diese Vergütung nicht.

Wiederabgabe von Thalern. Infolge fortwährender Mangel an gewerblichen Kreisen über einen empfindlichen Mangel an Silbergeld hat sich die Reichsbank, wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, veranlaßt gesehen, eingezogene Thalerstücke wieder auszugeben. Die bisherige Einziehung der Thaler war veranlaßt durch das Gesetz betreffend Änderungen im Münzwesen vom 1. Juni 1900, durch das der Artikel 4 des Münzgesetzes vom 3. Juli 1873 folgende Fassung erhielt: „Der Gesamtbetrag der Reichs-Silbermünzen soll bis auf weiteres 15 M. für den Kopf der Bevölkerung des Reiches nicht übersteigen. Zur Neuprägung dieser Münzen sind Landes-Silbermünzen insoweit einzuziehen, als solche für die Neuprägungen und deren Kosten erforderlich sind.“

Auf Grund dieses Artikels 4, der den Höchstbetrag der auf den Kopf entfallenden Reichs-Silbermünzen von den früher festgelegten 10 M. auf 15 M. erhöhte, war die Reichsbank dazu übergegangen, die Landes-Silbermünzen, d. h. die Thaler, zum Zwecke der Neuprägung in Reichs-Silbermünzen einzuziehen. Wenn sie sich jetzt genötigt sieht, die eingezogenen Thaler wenigstens teilweise wieder herauszugeben, so folgt daraus, daß mit der Einziehung zu rasch vorgegangen worden ist.

Die Wiederabgabe erfolgt nur, um dem augenblicklichen Mangel an silbernen Scheidemünzen abzuhelfen; an dem Vorhaben, die Thaler endgültig zu beseitigen und die reine Goldwährung durchzuführen, wird dadurch nichts geändert.

Verforgung der deutschen Textilindustrie mit Baumwolle. Die Vereinigung sächsischer Baumwoll- und Wigogne-Spinnereibesitzer hielt am 14. Oktober zu Chemnitz eine Beratung ab über Maßnahmen zur Einführung und Ausbreitung der Baumwollkultur in den deutschen Kolonien. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht, auch von Vertretern der garnverbrauchenden Industrie. Der Sekretär des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, Berlin, Herr Wildens, berichtete ausführlich über die Bestrebungen des Komitees zur Einführung und Ausbreitung einer rationellen Baumwollkultur in den deutschen Kolonien. Aus den kürzlich eingetragenen etwa 10 000 Ailo Baumwolle aus West- und Ostafrika erregte besonderes Interesse eine neue einheimische Spielart aus dem Vologbiet bei Kanda. Die Sachverständigen bewerteten diese Sorte gleich „good middling“ bis „fully good middling“ amerikanisch. Interessant ist, daß auch englische Kaufleute aus der englischen Goldküstenkolonie sich bemühen, diese Baumwolle aufzukaufen.

Der Vortragende schloß sein Referat mit der Versicherung, daß es dem Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee eine große Genugtuung bereiten würde, wenn die ungetriebene Anerkennung, die den Arbeiten des Komitees seitens der kolonialen Kreise gezollt wird, auch seitens der industriellen Kreise nicht verlagert bliebe. Dieser Aufforderung, das nationale und volkswirtschaftlich wichtige Unternehmen der Einführung einer geregelten Baumwollkultur in deutschen Kolonien durch finanzielle Unterstützung zu fördern, wurde durch Zustimmung erheblicher Beträge seitens einer Anzahl Interessenten entsprochen.

Wir sind durchaus Gegner der Kolonialpolitik, stehen aber den in Afrika betriebenen Versuchen, dort die Baumwollkultur einzuführen und auszudehnen, sympathisch gegenüber. Das Baumwollmonopol, das die Vereinigten Staaten von Amerika immer noch besitzen, führt dort in jedem Jahr zur Bildung von Spekulationskräften und schamlosen Preistreibern, welche fast regelmäßig anhaltende Störungen in der englischen, deutschen und französischen Baumwollindustrie nach sich ziehen. Hat der im August beendete Brownsche Baumwollconner in diesem Jahre auch die deutsche Baumwollindustrie

nicht gerade schwer getroffen, so um so mehr die Baumwollindustrie Lancashire, die noch heute unter den Folgen der künstlichen Preisbaule in New Orleans und New York leidet und sich zu umfangreichen Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen genötigt gesehen hat. Könnte dieses Monopol Amerikas und damit der dortigen Baumwollkönige durchbrochen werden, würde das für die gesamte Baumwollindustrie ein großer Vorteil sein.

Zur wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ erklärte der dritte stellvertretende Vorsitzende der New York Centralbahn, daß die Vanderbiltschen Bahnen etwa 2500 Leute sofort entlassen werden. „Der Verkehr“, sagte er, „hat seit einiger Zeit nachgelassen, da Fabriken schließen und es keine Waren für die Bahnen zu befördern giebt. Im Frachtverkehr wird der Rückgang der Geschäfte zuerst verspürt. Mit Abnahme der Frachten vermindern wir die Lüge. Der Personenverkehr hat nicht in dem Maße wie im vorigen Herbst abgenommen. Wir werden die Arbeiter in den Lokomotiv- und Wagenschuppen entlassen, sobald die in der Ausführung begriffenen Arbeiten vollendet sind. Die Lokomotiven sind in guter Verfassung für den Winter und wir haben keine Verwendung für die Leute. Diese beiden Zweige sind die einzigen, die einstweilen berührt sind. Die Maßregel wurde getroffen, nachdem ich mich mit den Beamten der in Betracht kommenden Bahnen beraten hatte.“

Wie er hinzufügte, werden demnächst auch eine Reihe anderer Eisenbahn-Compagnien zu Arbeiterentlassungen greifen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie.

Die „Vossische Zeitung“ und die „Staatsbürger-Zeitung“ haben sich beide, die eine am Dienstag, die andre am Sonntag in ihrem Leitartikel mit der Bewegung in der Metallindustrie befaßt. Beide Artikel enthalten ungefähr dasselbe, teils mit denselben Worten ausgedrückt. Sie stammen offenbar aus einer Quelle, die den Rühmännern sehr nahe steht, und beweisen im übrigen wieder einmal, daß sich die Vertreter des jüdischen Geldsacks und des antisemitischen Volkstums einig sind, wenn es gilt, die Arbeiter zu unterdrücken, die Sache der Arbeiter durch Verdrehungen, Verleumdungen und Lügen zu schädigen. Auch in der gestrigen Versammlung der streikenden Gärtler befaßte man sich mit diesen Artikeln und Cohen nahm Veranlassung, sie gebührend zu kennzeichnen.

Die „Vossische“ hat, wie sie erzählt, einen „weitherzigen, socialpolitisch gefinnenen“ Arbeitgeber, der außerhalb des Kampfes steht, um seine Meinung befragt, und dieser hat dann eine Auskunft gegeben, die ganz im Geiste der Rühmännern gehalten ist und lediglich auf Irreführung und Täuschung der öffentlichen Meinung berechnet zu sein scheint. Dieser socialpolitische Unternehmer nennt die Forderungen der Arbeiter ungescheuert und meint, daß es einen Kampf auf Leben und Tod kosten würde, sie durchzuführen. Die Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden würde nicht allein eine Verteuerung der Arbeit um 10 Proz., sondern auch eine Erweiterung der Betriebsanlagen um 10 Proz. erforderlich machen, und wenn nun wirklich die neunstündige Arbeitszeit zugestanden würde, dann würde es nur ganz kurze Zeit dauern und man verlangte den nächsten Montag — eine Redensart, mit der sich ja jede Rehrforderung ablehnen läßt. Was von Socialpolitikern schon oftmals nachgewiesen wurde, daß mit der Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeitsleistung des Arbeiters wächst, so daß er in neun Stunden ebenso viel leistet, wie früher in zehn, scheint dem Herrn vollständig unbekannt zu sein. Uebrigens besteht schon in vielen Betrieben der neunstündige Tag. Ferner wird in dem Artikel behauptet, die Arbeiter verlangten die Accordarbeit abgeschafft und unter allen Umständen ganz ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistung einen Mindestlohn von 60 Pf., was geradezu eine Prämie auf die Faulheit wäre. Daß die Arbeiter nicht solch thörichte Forderungen gestellt haben, ist jedem klar, der nur einigermaßen mit den Dingen vertraut ist. Uebrigens wird der 60 Pf.-Lohn nur für die Träger verlangt, für die Gärtler aber, das ist die große Mehrzahl der Streikenden, der Mindestlohn von 50 Pf. Selbstverständlich wird auch den Arbeitgebern in keiner Weise das Recht bestritten, einen Arbeiter, der diesen Lohn nicht verdienen kann, zu entlassen. Die „Vossische Zeitung“ aber hält ihre Leser für so unwissend, daß sie ihnen allen Ernstes das Märchen aufbindet, die Arbeiter verlangten, daß Entlassungen nur nach Verständigung mit der Gewerkschaftskommission (H) stattfinden sollten. Die Behauptung ist so blödsinnig, daß sie keiner Widerlegung bedarf. Die Forderung, daß die Lohnzahlung gleich nach Beendigung der Arbeitszeit beginnen soll, wird von dem socialpolitischen Gewerksmann der „Vossischen“ dahin erweitert und verdreht: die Lohnzahlung solle am 3. Uhe beginnen, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt beendigt sein, wo das nicht der Fall sei, müsse für die übrige Wartezeit Lohn bezahlt werden.

Wer sich selbst überzeugen will, in welsch' unerhörter Weise hier in verschiedenen Punkten die Forderungen der Arbeiter verdreht und entstellt werden, braucht nur den am 28. September vor dem Einigungsamt des Gewerkevereins vereinbarten Tarif (abgedruckt in Nr. 227 des „Vorwärts“) mit dem Artikel der „Vossischen“ und der „Staatsbürger-Zeitung“ zu vergleichen.

Die „Vossische“ giebt den Streikenden schließlich den Rat, ihre „unhaltbaren“ Forderungen aufzugeben, dann würden sie sichtlich entgegenkommen bei den Fabrikanten finden können. Selbstverständlich denken die Streikenden nicht daran, den Rühmännern diesen Befehl zu thun.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ bringt in ihrem „Wo bleibt die Regierung“ überaus merkwürdigen Artikel noch die sensationelle Mitteilung, daß die Fabrikanten die Absicht haben, 33 Proz. der Centralheizungsarbeiter und der Kupferhammer auszusperren. Was das heißen soll, wenn die wenigen Arbeiter, die dabei in Betracht kommen würden, entlassen werden, was namentlich die Kupferhammer, die doch ihren eignen Verband haben — nur acht oder neun gehören dem Metallarbeiter-Verband an —, damit zu thun haben sollen, ist unerklärlich. Der Artikel des Antisemitenblattes schließt mit einer dringenden Mahnung an die Regierung und den Reichstagsler, gegen den „Terrorismus“ der Streikenden vorzugehen. Wenn die Regierung noch weiter ruhig zusehe, dann werde die Industrie zusammenbrechen!

Mit Recht bemerkte der Referent hierzu, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ mit diesem Artikel erfolgreich unter den jüdischen Geldgebern der Metallindustrie Abonnenten sammeln könnte. Im übrigen aber wird er dazu dienen, unter den Arbeitern immer mehr die Aufklärung zu verbreiten, daß die Kapitalisten ohne Unterschied des Glaubens und der Gesinnung in gleich niederträchtiger Weise gegen die Arbeiter vorgehen, wenn diese eine Einschränkung der Ausbeutungsfreiheit durchzuführen suchen. Daß die Arbeiter bereit sind, zu verhandeln und auf Grund der Verhandlungen Frieden mit den Fabrikanten zu schließen, ist von Anfang an betont worden. So lange die Fabrikanten diesen Frieden nicht wollen, werden die Streikenden unter allen Umständen in ihrem Kampf ausharren, und die Lügen und Verdrehungen der „Vossin“ und „Staatsbürgerin“ vermögen sie ebensowenig wankend zu machen wie die Drohungen der Unternehmer.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden mehrere Drohbriebe verlesen, die Fabrikanten an Streikende geschickt haben. Teils drohen sie mit einer Anklage wegen Verletzung von Streikverboten, teils suchen sie den Streikenden klar zu machen, daß sie nie und nimmer wieder eingestellt werden. Ferner wurde berichtet, daß wiederum mehrere Streikposten sistiert worden sind, obgleich sie nicht das geringste begangen hatten, was gegen die Gesetze verstößt. Die Begründungen in den Strafanträgen, die einigen Streikenden infolge Streikpostensiehens zugestellt wurden, sind teilweise recht sonderbar. So betraf es in einem dieser polizeilichen Strafbefehle: Der betreffende habe sich ge-

weigert, der Aufforderung des Schuhmannes, die Ritter-, Brandenburg- und Dranienstraße zu verlassen, nachzukommen. Es ist erstaunlich, welche Nachbefugnis dieser Schuhmann sich annahm. Ebenso sonderbar aber ist es, daß die höheren Polizeibehörden sich durch die freisprechenden Urteile, wie sie namentlich in letzter Zeit gefällt wurden, nicht belehren lassen, daß sie kein Recht haben, einen Menschen, der sich nicht gegen die Geetze vergeht, das Stehen oder Gehen in irgend einem Teile der Straße zu verbieten, und dadurch der Staatskasse unnötig Kosten verursachen. Es zeigt sich ja doch immer wieder, daß alle diese Mittel, womit man versucht, die Arbeiter hänge zu machen, doch nichts nützen und die Arbeiter doch nicht auf die Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte verzichten.

**Zur Lohnbewegung der Adressenschreiber.** Der Stand des Streiks bei der Firma Robert Lehmer ist unverändert. Im Laufe des gestrigen Tages sind wiederum eine erhebliche Zahl von neu engagierten Arbeitswilligen betrogen worden, die ihnen von der Firma angebotene Arbeit gar nicht erst anzufangen. Trotz ihrer gedrückten Lage besitzen diese Leute noch Solidaritätsgefühl genug, den Streikenden nicht in den Rücken zu fallen, sobald ihnen die Ursachen des Ausstandes klargemacht sind. — Gestern ist eine Kommission des Handlungsgehilfen-Verbandes namentlich auch bei der Firma John, Kugowitz, 6, Mellame-Institut und Adressenverlag, wegen Verwilligung einer allgemeinen Lohnerhöhung vorstellig geworden. Nach längeren Verhandlungen bewies sich der Inhaber der Firma ungleich entgegenkommender wie die Firma Lehmer. Es wurde sämtlichen Adressenschreibern daselbst eine Lohnzulage von 20-30 Proz. bewilligt und gleichzeitig eine bessere Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen zugestanden.

**Die Tarifdifferenzen im Glasergewerbe** gehen einer friedlichen Lösung entgegen. Wie am Mittwoch in der Mitgliederversammlung der Glaser berichtet wurde, haben sich die Vertreter der Arbeitgeber in der Schlichtungskommission damit einverstanden erklärt, daß die tarifvertragstragenden Firmen, soweit sie der Zustimmung oder der Einigung der Glaserzweige angehören, zu einer Sitzung der Schlichtungskommission, die am Donnerstag stattfinden sollte, geladen werden, um sie zur Innehaltung des Tarifs zu veranlassen. Fügen sie sich nicht, so haben die Arbeitgeber nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Firmen gesperrt werden. Auch sollen ihnen dann keine Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis vermittelt werden. Wer von den geladenen Firmen nicht erscheint, von dem wird angenommen, daß er sich des Tarifbruchs schuldig macht, und danach verfahren. Die Vertreter der Glaserzweige gaben in der Sitzung der Schlichtungskommission zu, daß sie wohl seiner Zeit mit der einseitigen Verhängung der Sperren ohne vorherige Anrufung der Schlichtungskommission einen Fehler begangen hätten. — In der kurzen Diskussion, die diesem Bericht folgte, erklärte man sich im allgemeinen mit dieser Lösung des Konflikts einverstanden.

Sodann nahm der Verbandsvorsitzende Eichhorn aus Karlsruhe das Wort, der, da er zufällig in Berlin anwesend war, an der Sitzung der Schlichtungskommission als Gast teilgenommen hat. Er sprach sich zu der Angelegenheit dahingehend aus, daß, da eine gemeinsame Schlichtungskommission besteht, es auch Pflicht der Glaserzweige ist, dieser Kommission von allen Tarifdifferenzen Mitteilung zu machen, ehe zu andern Maßnahmen gegriffen wird. Da Kländer als Mitglied der Schlichtungskommission sein Amt niederlegte, wurde an seiner Stelle Altendorf gewählt.

**Als Nachspiel zum Streit bei Meßlich** kann man den Verleumdungsprozeß bezeichnen, der gestern vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Der Sekretär des Hirsch-Dumerschen Gewerkschafts der Metallarbeiter und Maschinenbauer, Wilhelm Gleichauf, hatte gegen den Eisenstecher Paul Pawlowitsch Klage wegen Verleumdung erhoben. Der Angeklagte hatte bei einer Werkstättenversammlung der Arbeiter der Meßlich-Werke in Ober-Schöneweide eine Rede gehalten, welche von anwesenden Mitgliedern des Hirsch-Dumerschen Gewerkschafts schleunigst den angeblich beleidigten Personen überreicht wurde. Durch diese Rede wendungen fühlten sich die Herren Gleichauf und Klavon beleidigt und erhoben Anklage. Einen Vergleich, nach welchem der Herr Gleichauf eine Ehrenerkklärung beanspruchte, wies der Angeklagte wiederholt zurück. Die Beweisnahme ergab, daß die Herren vom Gewerksverein von ihren Mitgliedern mit falschen oder entstellten Nachrichten bedient worden sind. Trotzdem beantragte der Anwalt des Klägers, gegen Pawlowitsch nicht auf Geldstrafe, sondern auf Gefängnisstrafe zu erkennen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Heine mann, wies nach, daß der Angeklagte wohl berechtigt war, derartige Rede wendungen zu gebrauchen, denn die Wahrheit ist die Wahrheit, wenn er in seinen Kreisen hochgeachteter Mann. Ein Blatt der Gewerksvereine schreibe über ihn ganz anders und halte es für äußerst bedenklich, wenn ein Arbeiterführer seine angeblich rantomonierte Ehre gerichtlich reparieren ließe. Auch würde der Angeklagte nicht jemand beleidigen, der in der Versammlung nicht anwesend sei, sich also nicht verteidigen könne. Seine Meinung über die Handlung des Klägers sei heute noch die gleiche wie früher.

Da dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, daß er die Herren Gleichauf und Klavon persönlich hatte treffen wollen, so erkannte das Gericht auf Freisprechung. Es bleibe den Mitgliedern des G. V. unbenommen, wenn sie sich beleidigt fühlen, gegen Pawlowitsch zu klagen.

Am 29. Oktober wird in derselben Sache die Klage Klavon wider Pawlowitsch verhandelt.

### Deutsches Reich.

**Der Streit der Klempner in Magdeburg** dauert fort. Die Ausständigen hatten sich bereit erklärt, zwecks Beilegung des Konflikts vor dem Einigungsamt zu erscheinen, die Meister haben dies jedoch in der Zuningsversammlung strikte abgelehnt. Die Meister suchen ihre Leute dadurch zu schädigen, daß sie ihnen Entlassungsscheine nach folgendem Muster ausstellen:

Inhaber dieses, der Klempnergefelle . . . . . aus . . . . . hat vom . . . bis . . . bei mir gearbeitet, hat die Arbeit wegen Beteiligung am Streik eingestellt und ist deshalb ordnungsgemäß entlassen.

Magdeburg, d. . . . Klempnermeister . . . . . Natürlich klagen die so Gemeindeführer auf Schadenersatz. Auch mehrere unter Vorpiegelung falscher Thatsachen nach Magdeburg gelockte Klempner verlangen Schadenersatz. Die Streikenden sind bisher sämtlich zur Kontrolle erschienen und da auch von auswärtigen Zuzug entweder gar nicht zu verzeichnen ist oder die Herbeigekommenen sofort umkehren, steht die Sache für die Klempner nach wie vor günstig.

## Versammlungen.

**Die Zustände in der Berliner Cigaretten-Fabrikation,** mit besonderer Berücksichtigung der letzten Vorkommnisse in der Cigarettenfabrik „Garbath“, wurden in einer stark besuchten Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins, die am Mittwoch bei Wille, Brunnenstraße, tagte, eingehend besprochen. Nach den Ausführungen des Referenten R. Kiesel sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter im allgemeinen überaus ungünstig und kaum besser als die der schlesischen Weber. Der Verdienst ist nicht ausreichend, um auch nur die notwendigsten Bedürfnisse befriedigen zu können. Nach der Statistik beträgt der Durchschnittsverdienst für die ganze Provinz Brandenburg 10 M. pro Woche. In der Handindustrie, die bei der Tabakarfabrikation sehr ausgebreitet ist, wird, wenn Mann und Frau tätig sind, ein Gesamtverdienst von etwa 25 M. pro Woche erzielt. Da für beide zusammen eine tägliche Arbeitszeit von über 20 bis 24 Stunden gerechnet werden muß, so kommt ein Lohn von kaum 20 Pf. für die Stunde heraus.

Außerordentlich stark entwickelt hat sich in den letzten Jahren die Cigarettenfabrikation in Berlin. Die großen Firmen, die heute Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigen, haben vor einigen Jahren ihren Betrieb mit einigen wenigen Arbeitern eröffnet und ihre Produkte nur in kleinen Mengen abgesetzt. Die Cigarettenfabrikation hat sich als sehr rentabel erwiesen, die Fabrikanten sind reich geworden, allerdings nicht zum mindesten auf Kosten der Arbeiter, die zum großen Teil vom Auslande herangezogen und, weil meist unorganisiert, in der schlimmsten Weise ausgebeutet wurden.

Als eine von den Firmen, wo die Verhältnisse besonders ungünstig waren oder noch sind, wurde die Firma „Garbath“ bezeichnet, die eine sehr umfangreiche Bekleidung für ihre Produkte macht und auch einen kolossalen Absatz in Berlin zu verzeichnen hat. Nach den Ausführungen des Referenten und der verschiedenen Diskussionsredner hatten die Arbeiter und Arbeiterinnen namentlich über die Art der Behandlung, die sanitären Zustände und verschiedene Gespinntheiten bei dieser Firma zu klagen. Unter anderem sollte ein Teil der Arbeiter für das Reinigen der Arbeitsstische, wie es durch die Bundesrats-Verordnung vorgeschrieben ist, 10 Pf. pro Mann bezahlen. Die Monatslöhne sind unzureichend, nicht gesondert und mühten dieselben sowohl von den männlichen als auch von den weiblichen Personen benutzt werden. Zur Aufbewahrung der Garderobe waren für ca. 100 Personen nur 12 Kleiderhaken vorhanden usw. Um von der Firma die Befreiung der verschiedenen Mißstände zu erzielen, hatten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich im Laufe der Zeit zum großen Teil dem Tabakarbeiter-Verband angeschlossen hatten, die Arbeit eingestellt. Durch Verhandlungen mit der Verbandsleitung ist der Streit beigelegt worden, nachdem die Befreiung der gerügten Mißstände versprochen und die Vereinbarung getroffen worden ist, daß eine ständige Kommission gewählt werden soll, Beschwerden der Arbeiter und Arbeiterinnen den Fabrikanten, um Abhilfe zu schaffen, zu unterbreiten. Die Fabrikanten sprachen sogar ihre Befriedigung darüber aus, daß durch die Vermittlung der Verbandsleitung so bald eine Einigung zu stande kam und erklärten, daß eine Maßregelung der Kommissionmitglieder oder der sonst am Streit Beteiligten in keiner Weise stattfinden wird und daß auch der Organisation keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden würden.

Die Verprechungen sollen, wie behauptet wird, seitens der Firma gar nicht eingehalten worden sein. Die Mißstände sollen nach wie vor weiter bestehen und die Kommissionmitglieder, sowie auch diejenigen, von denen man suchte, daß sie der Organisation angehören oder gar für dieselbe tätig sind, wurden zwar nicht direkt gemahregelt, aber in den verschiedensten Formen so drangaliert, bis sie schließlich selbst das Arbeitsverhältnis lösten. Die Arbeit derer, die sich unliebsam gemacht hatten, wurde getadelt, Abzüge vom Verdienst gemacht und auch sonst wurde die Behandlung immer schlechter, wodurch erzielt wurde, daß von den feiner Zeit an der Arbeitseinstellung beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen nur noch wenige in der Fabrik tätig sind. Nach den von verschiedenen Rednern aufgestellten Behauptungen sollen sogar ausländische Arbeiter, wovon einer sechs Jahre lang in der Fabrik tätig war, auf Veranlassung der Firmeninhaber, die selbst Ausländer sind, von der Behörde aus Deutschland ausgewiesen worden sein. Diese Arbeiter, die sich nichts zu schulden kommen ließen, als daß sie mit ihren übrigen Arbeitsgenossen solidarisch handelten, sollen ausgewiesen worden sein lediglich, um, wie Herr Rosenthal, „Garbath“ gesagt haben soll: „ein Exempel zu statuieren“. In einem andern Fall wurden auf Veranlassung eines Fabrikanten vier Arbeiter, darunter Kommissionmitglieder, die man des Diebstahls bezichtigt hatte, plötzlich aus der Fabrik heraus verhaftet, den ganzen Tag über in Gewahrsam gehalten, während in ihren Wohnungen Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden. Die vier Arbeiter wurden schließlich als unschuldig kostenlos freigesprochen, aber die Wiedereinstellung in das frühere Arbeitsverhältnis und die Veröffentlichung einer Ehrenerkklärung, wie es den beschuldigten Arbeitern von den Fabrikanten versprochen worden sein sollte, wurde trotz der erwiesenen Schuldlosigkeit von der Firma abgelehnt. Für die auf diese Weise gemahregelten Arbeiter ist die Lage um so schlimmer, als die Fabrikanten einen Ring geschlossen haben und die Gemahregelten auch in den andern größeren Fabriken nicht eingestellt werden.

Von allen Rednern wurde das Vorgehen der Firma „Garbath“, die, wie mitgeteilt wurde, immer noch Arbeiter aus dem Auslande heranzieht, obwohl hier Arbeitskräfte im Ueberflusse vorhanden sind, einer heftigen Kritik unterzogen und aufgefodert, unbestimmt um alle Anfeindungen fest zur Organisation zu halten und für die Stärkung derselben zu sorgen, um nachdrücklich eine Besserung der traurigen Verhältnisse herbeiführen zu können. Von einer weiteren Beschlußfassung wurde vorläufig Abstand genommen.

Nachdem Dörner und Wirth Bericht erstattet hatten, wurden dieselben als Vertrauensmänner und als Delegierte zur Berliner Gewerkschaftskommission einstimmig wiedergewählt.

**Eine öffentliche Puherversammlung,** einberufen von der Leitung der Puhersektion des Maurerverbandes, tagte am Mittwoch im Kellerschen Saal. Als Referent war der Verbandsvorsitzende Bömelburg erschienen, der unter anderem ausführte: Seit längerer Zeit habe in Berlin keine öffentliche Puherversammlung stattgefunden, weil die Puhler ihre Angelegenheiten in der Organisation regeln. Jetzt stehe es aber mit der Organisation der Puhler nicht mehr so gut wie vordem. Neben der Sektion des Maurerverbandes bestehe die unternehmerfreundliche Freie Vereinigung der Puhler mit etwa 100, ein Unterstützungsverein mit etwa 400 Mitgliedern, außerdem gebe es noch einige hundert unorganisierte Puhler, so daß man mit etwa 700 Puhlern zu rechnen habe, die dem Verband fernstehen. Geheiß mögen manche von diesen ein gewisses Interesse für die Arbeiterbewegung haben, aber das eigentliche Wesen derselben haben sie nicht begriffen, denn sonst wären die Zustände, welche gegenwärtig bei den Puhlern bestehen, nicht möglich. Nur aus der Unkenntnis des eigentlichen Wesens der Arbeiterbewegung erkläre es sich, daß mancher, wenn ihm irgend etwas in seiner Organisation nicht gefalle, dieselben den Rücken lehre. Der Redner legte eingehend den Zweck und die Aufgaben der politischen wie der gewerkschaftlichen Organisation dar und zeigte, daß es dem Maurerverbande gelungen ist, überall, wo er über starke Mitgliedschaften verfügt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. So seien die Durchschnittslöhne von 28 Pf. im Jahre 1885 auf 41 Pf. im Jahre 1900 gestiegen. Wo aber die Organisation noch keinen Boden gewonnen habe, wie in Oberschlesien, da ständen die Löhne weit unter dem Durchschnitt. Unter den Puhlern werde hier und da die Meinung laut, daß sie vom Verbande keinen Vorteil hätten, gestreift hätten sie in letzter Zeit nicht, und wenn es geschehe, dann wäre die Hilfe des Verbandes dabei nicht erforderlich. Dies sei zwar richtig, aber wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Puhlern günstiger liegen wie bei den Maurern, so erkläre sich das nicht aus der Thakraft der Berufsgruppe, sondern aus der Eigenart des Spezialberufs und auch dadurch, daß die Maurer gut organisiert sind und aus ihren Reihen den Puhlern keine Lohnstärker erwandten. Wenn auch die Puhler günstiger gestellt seien wie manche andre Arbeitergruppe,

so seien ihre Verhältnisse doch immer noch verbesserungsbedürftig, und um diese Verbesserungen zu erlangen, sei eine starke Organisation notwendig. — Nach dem Referenten nahm der Sektionsleiter Reumann das Wort, um die Mißstände zu besprechen, die gegenwärtig im Puhlerberuf herrschen. Die Accordpreise seien herabgedrückt worden, so daß mit äußerster Anstrengung gearbeitet und die Puhler verkrüppelt werden, um nur den lächerlichen Lohn zu verdienen. Mit den Puhlern sehe es bei den Puhern sehr traurig aus. Die Kollegen müßten darauf halten, daß ihnen ausreichende Eiden, die vom 15. d. M. an heizbar sein müßten, zur Verfügung stehen. — In der Diskussion sprach unter andern Wille vom Unterstützungsverein. Er sagte, dieser Verein habe nur 120 zahlende Mitglieder. Ferner befürwortete der Redner Einigkeit mit dem Verbande, worauf ihm erwidert wurde, dann solle er nur mit seinen Mitgliedern zum Verbande übertreten und den Verein auflösen. Die übrigen Diskussionsredner stimmten im allgemeinen mit dem Referenten überein. Besonders wurde noch betont, daß die Puhler auch im Winter die tarifmäßige Arbeitszeit der Maurer in keinem Falle überschreiten sollen.

**Centralverband der Bau-, Erd- und Hülfsarbeiter.** Die Zahlstelle Berlin und Umgegend hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab. Der Kassierer Wätcher erstattete den Kassenericht für das dritte Quartal. Einschließlich des vom zweiten Quartal übernommenen Bestandes von 66 979,40 M. betragen die Einnahmen 84 075,85 M. Ausgegeben wurden 23 298,75 M., es bleibt ein Bestand von 60 837,10 M. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. — Hieran sprach der Vorsitzende Karl Heidemann über den Versuch der Unternehmer, die Rechtsstellung der Kolonnenführer zu beeinträchtigen. Es handelt sich um den bekannten, jetzt wieder im „Centralblatt für das deutsche Baugewerbe“ vertretenen Standpunkt der Unternehmer, größere Accordarbeiten mit einem Kolonnenführer abzuschließen und dem Accordarbeiter eine solche Form zu geben, daß der Kolonnenführer als selbständiger Gewerbetreibender, seine Mitarbeiter aber als von ihm beschäftigte Arbeiter erscheinen, die keinerlei Ansprüche an den Bauausführenden Unternehmer haben. Ein solches Vertragsverhältnis ist für die am Accord beteiligten Arbeiter sehr nachteilig, denn wenn der Kolonnenführer seine Mitarbeiter übertreibt, so können diese in den meisten Fällen selbst durch eine Klage nicht zu ihrem Recht kommen, da von dem Kolonnenführer nichts zu holen ist. Die Arbeiter wollen deshalb solche Vertragsverhältnisse, bei denen alle Mitarbeiter am Accord als bei dem Bauunternehmer in Arbeit stehend gelten. In der Versammlung wurde noch besonders hervorgehoben, daß die Kammer III des Berliner Gewerbegerichts neuerdings ein Urteil gefällt habe, wo die durch den Kolonnenführer benutzten Accordarbeiter mit ihren Ansprüchen an das Baugeschäft abgewiesen worden, wodurch sie um einen erheblichen Teil des verdienten Lohnes gekommen sind. Zur weiteren Besprechung dieser Angelegenheit soll eine besondere Versammlung der Accordarbeiter, die hauptsächlich dabei interessiert sind, einberufen werden. — Ein Antrag auf Erhöhung der Gehälter der ständigen Hilfsbeamten wurde dadurch erledigt, daß eine Gehaltserhöhung von 38 auf 39 M. wöchentlich beschlossen wurde. Hieran sprach die Versammlung folgende Ergänzungsvorschläge vor: Schlichtungskommission: Bende, Gauelung; Ernst Heidemann, Aufsicht; Gustafsch. — Ohne Debatte wurde beschlossen, daß die Hilfsbeamten gehalten sind, sich der Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten anzuschließen und daß die Hilfsbeamten die Hälfte der Beiträge zahlen.

**In einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung,** die am 12. Oktober in den Andreas-Besälen tagte, erörterte Simon Nürnberg die Frage der Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung im Verein deutscher Schuhmacher, über welche demnächst eine Urabstimmung entscheiden soll. Nach einer Besprechung der wirtschaftlichen Krisen und ihrer Folgeerscheinungen kam Redner zu dem Schluß, daß die so notwendige Verringerung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dazu am besten erlöst werden könne, wenn größere Massen der Kollegen der Organisation nicht nur gewonnen, sondern auch an sie geteilt würden. Das Mittel dazu sei die jetzt vom Centralvorstand wieder vorgeschlagene obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Redner begründet dies näher und legt dar, daß natürlich eine Erhöhung der Beiträge erfolgen müsse, damit die Hauptaufgabe, die Erhaltung günstiger Arbeitsbedingungen, nicht leide. Der Kampfcharakter der Organisation müsse durchaus erhalten bleiben. Die Krankenunterstützung werde als Ergänzung der Arbeitslosenunterstützung vorgeschlagen, um auch den Heimarbeitern etwas zu bieten, die angeblich an der Arbeitslosenunterstützung weniger interessiert seien. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — Ulrich bekämpfte die Vorschläge des Centralvorstandes. Ein Vergleich mit andern Gewerkschaften, die die obligatorische Arbeitslosenunterstützung hätten, sei wegen der zahlreichen Hausgewerbetreibenden der Schuhindustrie nicht statthaft. Es würden nicht Mitglieder herangezogen, sondern noch welche abgestoßen werden. Müller, Herrmann, Grunau u. a. traten für die Ausgestaltung des Unterstützungswesens in der vorgeschlagenen Richtung ein. Sie sind im Gegensatz zu Ulrich der Überzeugung, daß bei Einführung der Unterstützung die Organisation eine Stärkung erfahren werde zu Gunsten einer größeren Kampffähigkeit. — Da es mittlerweile sehr spät geworden war, wurde die Vertagung der weiteren Diskussion mit der Maßgabe beschlossen, daß die noch verzeichneten Redner zuerst zu Worte kommen. Der Referent machte es sich in seinem Schlußwort zur Aufgabe, die Bedenken Ulrichs zu zerstreuen.

**Ludenzwalde.** Am Mittwoch, den 7. Oktober, hielt der sozialdemokratische Wahlverein für Ludenzwalde seine Monatsversammlung ab. Genosse Dr. Rohle erstattete den Bericht über den Dresdener Parteitag. An dieser Bericht schloß sich eine rege Diskussion. Die Stimmung der Versammelten gab sich durch einstimmige Annahme folgender Resolution kund: „Die heutige Wahlvereins-Versammlung ersucht sich mit der Stellung ihres Delegierten Genossen Dr. Rohle einverstanden. Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen einzelner Genossen und stellt sich auch scharf auf den Boden des Klassenkampfes. Die Versammlung spricht ihre volle Sympathie dem Genossen August Wibel für sein Auftreten auf dem Dresdener Parteitage aus. Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen den Artikel des Genossen Heis in der „Brandenburger Zeitung“, überschrieben: „Nach Dresden“.“

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Das Urteil im Leipziger Majestätsbeleidigungs-Prozeß.** Leipzig, 15. Oktober. (W. T. N.) Die dritte Strafkammer verurteilte wegen Majestätsbeleidigung nach mehrstündiger nichtöffentlicher Verhandlung den Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ Lütlich zu sechs, den Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“ Sellmann zu drei und den Redakteur der „Volkszeitung für das Rudolstadt-Kreisgebiet“ Abgeordneten Schöpflin zu vier Monaten Gefängnis. Der mitangeklagte Redakteur Schmidt wurde freigesprochen.

### Das neue Wahlrecht in Sachsen.

Leipzig, 15. Oktober. (W. T. N.) Die „Leipz. Neuef. Nachr.“ berichten aus Dresden, daß das neue Landtags-Wahlgesetz, dessen Entwurf den Mitgliedern der vorbereitenden Kommission bereits zugegangen ist, im wesentlichen eine neue Einteilung der Wahlkreise und zwar eine Verminderung derselben bringen, während die Zahl der Abgeordneten mindestens die gleiche wie bisher bleiben wird. In der zweiten Kammer werden wahrcheinlich einzelne Körperschaften und Berufs-klassen, vor allem die Handelskammern, besondere von einer allgemeinen Wahl unabhängige Vertreter erhalten.

Darmstadt, 15. Oktober. (W. T. N.) Bei der heutigen Landtags-Wahlwahl siegten die beiden bisherigen Kandidaten Landgerichtsrat Buss und Architekt G. Müller, mit 2100 Stimmen. Die Freisinnigen erhielten 780, die Sozialdemokraten 1364 Stimmen.

Das Elend der Adressenschreiber.

Der Streik bei der Firma Lehmer lenkt gegenwärtig die allgemeine öffentliche Aufmerksamkeit auf eine verhältnismäßig neue Erwerbsbranche: die Adressenbüros und deren Angestellte, die Adressenschreiber.

Wie nun überall im geschäftlichen Leben, so machte sich auch bald unter den Inhabern der verschiedenen Adressenbüros eine wüste Konkurrenz bemerkbar.

Die weitaus größte Mehrzahl dieser Adressenschreiber setzt sich aus stellenlosen Kaufleuten und Handlungsgehilfen zusammen. Es ist ja förmlich zu einer Manie geworden, daß dunkelste, unheimliche Eltern ihre Kinder, sobald diese über eine leidlich gute Handschrift und halbwegs brauchbare Schulzeugnisse verfügen, in die Kaufmannslehre schicken.

Wohl traut er seinen Eltern kaum, als ihm der Bureauvorsteher für das Schreiben von 1000 Adressen 2 M., 2,20 M. und je nach deren Länge oder Sorgfalt, mit der sie geschrieben werden sollen, auch 4 ja sogar 5 M. bietet.

Die Zahl jedoch findet eine solche Stellung nicht wieder und ist nun dauernd auf das Adressenschreiben angewiesen. So ist demnach nach diese neue Arbeiterkategorie entstanden und steigt das denkbar kümmerliche Dasein.

Nach dem Parteitage.

In der Nr. 2 der „Neuen Zeit“ veröffentlicht Rosa Luxemburg unter der Überschrift „Gedichte Hoffnungen“ einen Artikel, der sich mit der Stellungnahme der bürgerlichen Presse zum Parteitage beschäftigt.

Das Verhalten der gesamten bürgerlichen Presse gegenüber den Vorgängen in unserer Partei beweist wieder einmal, wie untrüglich der Klasseninstinkt über alle äußeren Differenzen der bürgerlichen Parteien triumphiert.

Die Freude ist gut geheuchelt. So gut, daß ein Parteiblatt sie sogar allen Ernstes als aufrichtiges „Propheten“ aufgefaßt hat.

Und doch gehört nur ein wenig geschärftes Gehör dazu, um aus diesem schrillen Konzert der Freude und des Triumphes die lähmende Enttäuschung, die verhaltene Bitterkeit herauszuhören.

Rächerlich und barbarisch kann im heutigen bürgerlichen Milieu allerdings bis zu einem gewissen Grade der große Lärm erscheinen, der in der Sozialdemokratie um „Vagabunden“ geschlagen wird.

Rein persönlich, beschämend „persönlich“ ist freilich auch die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus jetzt geworden, auch das muß von uns mit zerknirschtem Stimm zugegeben werden.

Wenn übrigens die Auflehnung der proletarischen Masse in unserer Partei gegen die vereinzelt erscheinenden Erscheinungen der Korruption unter den „Akademikern“ die Bourgeoisie so in Harnisch bringt.

Es folgt eine Auseinandersetzung darüber, wie und in welcher Richtung sich dieser Umschwung vollzogen habe nämlich in der Richtung, daß die Masse zur Führerin und die Führer zu Ausführenden des Willens der Masse geworden sind.

Solange diese Hoffnung wahrte, schien die sozialdemokratische Masse großen Sinn für „Kultur“ und „Bildung“ zu verraten, und versprach allmählich eine „civilisierte“ Macht zu werden.

Für jedermann, der sich über die Vorgänge der letzten Tage in ihrem inneren Zusammenhang Rechenschaft ablegt, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der vielbesprochene Artikel über die „Partei-moral“, so zufällig auch seine Entstehung sein mag und so wenig er die wirkliche Handlungsweise aller revisionistischen Genossen charakterisiert.

Die Partei, die man so gar zu ihrem Besten belügen und betrügen darf, und die „Führer“, die als tiefsichtige Staatsmänner aus diesem weichen Ton den Tempel der Zukunft nach eigenen großen Plänen formen, das ist die politische Ethik sowohl der bürgerlichen Parteien wie des revisionistischen Sozialismus,

wenn auch die dabei verfolgten Absichten hier und dort noch so verschieden sein mögen.

Dieses Verhältnis der Masse und der Führer in ihrer praktischen Anwendung sehen wir im Jaurèsismus in Frankreich und in den Anläufen der Richtung Turatis in Italien sich Bahn brechen.

Dieser Verwischung der Grenzen zwischen der zielbewußten proletarischen Kerntruppe und der unorganisierten Volksmasse unternimmt harmonisch die Verwischung der Grenzen zwischen der „Führerschaft“ der Partei und dem bürgerlichen Milieu oben — die Annäherung des sozialistischen Parlamentarier an den bürgerlichen Literaten auf dem Boden der „allgemein menschlichen Bildung“.

Im „Hamburger Echo“ veröffentlicht Vebel eine Entgegnung gegen Eims Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“.

Zu Rehl wurde am Sonntag eine Konferenz des 7. badischen Reichstags-Wahlkreises abgehalten, die sich mit dem Parteitage beschäftigte.

Die heutige Parteikonferenz beantragt beim Landesvorstand, er möge eine Verständigung mit der Redaktion des „Volksfreund“ herbeiführen, damit die letztere gemäß den Beschlüssen des Dresdener und der früheren Parteitage geführt wird.

Die sozialdemokratische Wahlkreis-Konferenz des 7. badischen Reichstags-Wahlkreises ist mit den Beschlüssen des Dresdener Parteitages einverstanden und billigt die Haltung des Delegierten.

Die Erklärung in der Beurteilung der revisionistischen Sonderhändel ist die unzweideutige Willensäußerung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkraft, sich nicht von der Bahn einer erprobten Taktik des proletarischen Klassenkampfes verdrängen zu lassen.

Den erregten persönlichen Streit bedauert die Konferenz, vermag ihn aber zu erklären in Anbetracht der nachträglichen Enthüllungen, die das Nachspiel zum Parteitag ans Licht brachte und die es notwendig machen, die Partei vor innerer Verwundung zu bewahren.

Der sozialdemokratische Verein Ludwigschafen führte am Montag die Verhandlungen über den Parteitag zu Ende. Alle Redner waren, wie berichtet wird, darin einig, daß der Verlauf dieses Parteitages, besonders die persönlich gehässige Kampfesweise unserer Führer keineswegs dazu beitrug, das Ansehen der Partei zu kräftigen.

Die heute im Gartensaale des Gesellschaftshauses tagende Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Ludwigschafen erklärte sich mit den Beschlüssen des Dresdener Parteitages einverstanden und begrüßt das Festhalten an unserer alten, uns von Sieg zu Sieg führenden Taktik.

In einer starkbesuchten Versammlung des sozialdemokratischen Volksvereins nahmen die Dresfelder Parteigenossen Stellung zu den Verhandlungen des Dresdener Parteitages.

In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden, derselbe habe wie ein reinigendes Gewitter gewirkt; es sei dringend an der Zeit gewesen, einem Teil der Theoretiker einmal klar zu machen, daß die Partei keine neuen Wege einschlagen wolle.

Partei-Nachrichten.

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben: Wegen Erledigung dringender Parteigeschäfte konnte der Parteivorstand die von ihm beabsichtigte Revision und Reorganisation der Partei-Einrichtungen in Posen anschließend an die vollzogenen Reichstagswahlen nicht vornehmen.



### Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison!  
**Emil Thomas a. G.**  
 Josef Josephi. Henry Bender.  
 Frid Frid. Rosa Marton.  
 Grete Meyer. Müller Lincke.

### Neuestes!

### Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern.  
 Glänzende Ballets. 300 Mitwirkende.  
 Anfang 8 Uhr.  
 — Rauchen überall gestattet. —

### Apollo-Theater.

Mit vollständig neuer Ausstattung:  
 Zum 10. Male:  
**Frühlingsluft.**  
 Operette in 3 Akten  
 von weiland **Josef Strauss.**  
 Im **Blütenhochzeit.**  
 Ballett von Louis Gundlach.

### Die glänzenden Specialitäten und Meisters Biophon.

Anfang 8 Uhr.

### Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.  
 Nur noch 4 Vorstellungen.  
 Dir. Carl Weiss als Franz v. Bündler.  
**Humor in Wids.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonnabendnachm. 4 Uhr: Kinder-  
 vorstellung: **Robinson Crusoe.**  
 Sonntagnachmittags 3 Uhr: Parfell  
 60 Pf. — Am Altar.

### Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater,  
 Schönhauser Allee 148.  
 Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**  
 Freitag:  
**Gastspiel d. Berl. Volks-Theaters**  
**Grosser Erfolg!**  
**Der Schlafwagen-Kontrollleur.**  
 Schwam in 3 Akten von Bisson.  
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Sonntag um 5 Uhr:  
**Extra-Vorstellung.**  
**Norddeutsche Sängler und Tanz.**

### Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22.  
**Slite - Extra - Vorstellung:**  
**Maria Stuart.**  
 Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.  
 Maria . . . Fr. Cotta a. G.  
 Cecil . . . H. Kupfer a. G.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 40 Pf.  
 Notizen und folgende Tage:

### Geniehet das Leben.

Die grandiosen Specialitäten.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

### Feldschlösschen

Müllerstraße 142.  
 Freitag, den 18. Oktober 1903:  
**Bernhard Rose - Theater - Ensemble.**  
**Gretchen Polterabend.**  
 Original-Schwank in 5 Akten von  
 Rud. Ansell.  
 Anfang 8 Uhr.

### Sanssouci.

Kottbuser Thor — Eintr. der Hochbahn.  
 Jeden Sonntag, Montag  
 und Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sängler.**  
 Nach jeder Soree:  
**Tanzkränzchen.**  
 Jeden Dienstag:  
**Theater-Abend.**

### Reichshallen

**Stettiner Sängler**  
 (Reise, Pietro, Britton,  
 Steidl, Böhme, Bö-  
 mann, Blätner,  
 Schrader u. Oberino.)  
 Anfang 8 Uhr,  
 Sonntag 7 Uhr.

### Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
 Täglich:  
**Franz Sobanski.**  
 Außerdem ganz neues Programm.  
 Zum Schluss:  
**Die Angströhre.**  
 Nach der Vorstellung:  
 Ritze, Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Heute giebt es wieder  
**Frische Blut-  
 und Leber-Wurst**  
 in bekannter tadelloser Qualität.  
**Rich. Augustin,** Hofpartier.  
 „Vorwärts“-Haus, Krüppelstr. und  
 Wittigstr. 11. Sitzungslimmer.

### WINTERGARTEN

**Saharet** australische  
 Tänzerin.

### The Great Goldin

Illusionist.  
 Goldin gab eine Separat-Vor-  
 stellung vor Sr. Majestät Kaiser  
 Wilhelm II.  
**Smith u. Doreto** Excentrics  
**Theresa Renz** Schulkreiterin  
**Die drei Luppis** Reckturner  
**Anne Dancrey** Pariser Soubrette.  
**Moskwa** russisches Sextett.  
**Die Agost's** Jongleure.  
**Angeline Vanloo** Sängerin  
**Smaus** der kleinste Akrobat.  
**Die Jahrmärktsprinzess** Ballett.  
**Der Biograph.**

### Etabl. Buggenhagen

Morinplatz. Im Kaiserhof:  
 Stüntler-Ensemble  
**„Nordsterne“**  
 unter Leitung d. Herrn  
 Rudolf Schauss.  
 Anf. 7 1/2 Uhr. Kassener-  
 öffnung 6 1/2 Uhr.  
 Entree 50 Pf.  
 Bond hab. Gültigkeit.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**  
 In den unteren Sälen Dienstag und  
 Donnerstag: **Przywaraki** Konzert.  
 Sonnabend u. Sonntag: **Görlich-**  
**Koncert.** Bond haben Gültigkeit.

### Herren-Kragen.

— reinleinen, garantiert 1fach, —  
 verschiedene Facons in allen Weiten,  
**Stück 15 Pf.,** so lange der Vorrat reicht.  
 — Geschlossene Kragen —  
 per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.  
 Manichetten, Prima, garant. 1fach  
 1/2 Dutzend 1.80 Mk.,  
 Oberhemden, Serviteurs, Krawatten,  
 in größter Auswahl, Trikotasen,  
 Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.  
 Detailverkauf zu Engrospreisen.  
**Ernst Marcuse, Münzstr. 23.**

### Victoria-Säle

Perlebergerstr. 14  
 für Vergnügungen etc. frei. 30052\*  
**Achtung! Vereine!**  
 Saal (ev. Bühne) bis 300 Per-  
 sonen ist zum Sonnabend den  
 11. November frei geworden.  
 29162\* **Neues Club-Haus,**  
**Kommandantenstraße 72.**  
 Allen Freunden, Bekannten und  
 Genossen zur Nachricht, daß ich  
 das Lokal von **H. Schilling,**  
 Samariterstr. 25, Ecke der Dolgiger-  
 straße, in Vertretung übernommen  
 habe. Für gute Speisen und Ge-  
 tränke bestens geforgt. 24026\*  
**Friede Schäfer,**  
 früherer Kassierer der Bauarbeiter,  
 Zahlstelle Berlin I.

### Dr. Simmel,

Prinzen-  
 Str. 41,  
 Spezialarzt für [28/10\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
 10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.  
**Dr. Schünemann**  
 Spezialarzt für Haut-, Horn- und  
 Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
 1/2, 12—1/3, 1/6, 6—1/8, Sonnt. 9—11

### Alle Gummiwaren!

Irrigatorbecher . 0,45  
 do. Emaille v. 0,85  
 Irrigatoren kompl. 0,90  
 Gummi-Unterlagen  
 rot, grau . . . 0,50  
 Wasserdrühtes Oel-  
 tuch für Boden-  
 reinigung . . . 1,50  
 Inhalat-Apparate 1,25  
 Stechbecken von 1,80  
 Damenbinden, Dutzend . . . 0,50  
 Zinnspritzen in geb. Rohr. . . 2,70  
 Auf Wunsch weibl. Bedienung.  
**G. Leisegang,** Reinickendorfer-  
 straße 56b. \*

### Charlottenburg, Rosinenstr. 3,

jeden Montagabend 8 1/2 Uhr:  
**Turnabend der freien Turnerschaft.**  
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. 21916\*  
**Möbel-Fabrik** u. Lager kompletter  
 Wohnungs-Einrichtungen  
 zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt  
**Julius Apelt, Skalitzerstr. 6,**  
 Thor. 27701\*

### Steppdecken

2816L\*  
**Gelegenheitskauf!**  
 Wollatlas, alle Farben 4,05  
 Similiseide, alle Farben 6,00  
 Normal-  
 Schlafdecken 2,00, 3,00 M.  
 Special-  
 Haus **Emil Lefèvre,**  
 Berlin S., Oranienstrasse 150.

### Kopfläuse

bedeut. Brut ver-  
 schwinden sofort!  
 Unschildlich. Erfolg  
 überraschend.  
 In Drogen 50 Pfg. **„Puffi“**

### Achtung!

**Handwerkern, Arbeitern**  
 empfehle noch zu alten billigen  
 Preisen trotz enormer Wollgarn-  
 Preissteigerung meine

### Kammgarn-Sweater

Plattiert Kammgarn a 3,25 u. 3,50  
 Reinwoll Kammgarn a 4,80 u. 5,30  
 Doppelstarke do. a 5,80 u. 6,30

### Theodor Fricke

1. Geschäft: **Oranienstr. 174.**  
 2. Geschäft: **Oranienstr. 198.**  
**Uhren-Ausverkauf.**  
 Wegen gänzlicher  
**Auflösung**  
 unseres riefgen 1888  
 gegründeten [27192\*  
**Uhren-**  
**Engros-Lagers**  
 Verkauf zu flottend  
 billigen Preisen direkt  
 an Private. Preis-  
 schwinger 14, —, Re-  
 gulatoren, 14 Tage,  
 Schlag, 1 Meter lang,  
 Nr. 19, — Herren-Uhren  
 Nr. 1,75, Silberne  
 Nr. 7,50, gold. Nr. 30, —,  
 Damenuhren, Silberne  
 Nr. 7,50, goldene von Nr. 14, — an.  
 Große Auswahl in Handuhren etc.  
**Hilmer & John,**  
 Berlin, Leipzigerstr. 86, Hofpart.

### Reste

**C. PEZ**  
 DAMENMÄNTEL  
 KOSTUM STOFFE  
 SEIDEN STOFFE  
 BISATZARTIKEL  
 ASTRACHAN  
 MER  
**4. Kottbuser Strasse 4.**

### Die weltbekannte

**Bettfedern-Fabrik**  
 Gustav Reitzig, Berlin S., Prinzen-  
 straße 46, verleiht gegen Rücknahme  
 garantierte Bettfedern d. W. 55 Pf.,  
 d. W. 60 Pf., d. W. 75 Pf.,  
 bessere Halbdaunen d. W. 32, 1,75,  
 vorzügliche Daunen d. W. 32, 2,85.  
 — Bei diesen Daunen grängen  
 3 bis 4 Pfund zum grauen Oberbett.  
 Verpackung frei. Preis u. Proben  
 gratis. Siele Anfertigungsliste.

### Berliner Lotterie

d. techn. Commiss. f. Trabrennen.  
**Ziehung schon 21. u. 22. Okt.**  
**6039 Gewinne! Werthe von Mk**  
**100 000**  
 Loose à 1 M. — 11 Stück 10 M.  
 (Porto und Liste 20 Pfg.)  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.**  
 G. m. b. H. 2990L\*  
 Bank-Geschäfte  
**Berlin W., Friedrichstr. 181.**  
 Filialen:  
**NW.: Wilsnackerstr. 63.**  
**O.: Andrastr. 46.**  
**SO.: Oranienstr. 177.**

### Land

Boje 2 R. Absehlung,  
 840 qm 300 R. Bor-  
 ort. Nur mündlich.  
**Herrnomy, Blumenstr. 79.**

### Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69 (Laden).

Sieben ist erschienen:  
**Dresdener  
 Parteitags-Protokoll**  
 448 S. stark — Preis 75 Pf., geb. 1 Mk.

Die Verhandlungen haben bei unsren Parteigenossen das leb-  
 hafteste Interesse erweckt, namentlich sind die Erörterungen über die  
 „Taktik“ von weittragender Bedeutung für die Partei.

Die stattgefundenen Verhandlungen des Parteitags in Dresden  
 werden auch das Interesse an die früheren Parteitage. Wir empfehlen  
 daher:

### Parteitags-Protokolle.

Die Protokolle bieten ein reiches Material zur Geschichte der Partei,  
 ihrer Kämpfe, ihrer Grundzüge, ihrer Taktik. Nachstehend heben wir  
 die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung  
 in summarischer Inhaltsangabe hervor.

- |                   |       |  |
|-------------------|-------|--|
| <b>Halle.</b>     | 1800. | Reorganisation; Programmrede Lieb-<br>necht; Stellung zu Streik und Bonfotts;<br>Auseinandersetzung mit den „Unab-<br>hängigen“. Nr. — 50                    |
| <b>Erfurt.</b>    | 1801. | Festsetzung des Programms; Programmen-<br>twürfe; Ausfall der „Unabhängigen“;<br>Taktik der Partei. Nr. — 50   |
| <b>Berlin.</b>    | 1802. | Staatssozialismus; Genossenschaftswesen,<br>Bonfott, Kontrollmarke. Nr. — 50   |
| <b>Cöln.</b>      | 1803. | Gewerlichsbewegung; Antisemitismus;<br>Wahlrecht und Beteiligung an preußischen<br>Landtagswahlen. Nr. — 40  |
| <b>Frankfurt.</b> | 1804. | Budgetbemerkungssage in den Landtagen;<br>Agrarfrage; Landwirtschaft. Nr. — 25   |
| <b>Breslau.</b>   | 1805. | Agrarprogramm; Hausindustrie.<br>Nr. — 20, geb. Nr. — 50   |
| <b>Gotha.</b>     | 1806. | Frauen-Agitation; Literatur-Debatte.<br>Nr. — 30   |
| <b>Hamburg.</b>   | 1807. | Preussische Landtagswahlen; Militarismus.<br>Brosch. Nr. — 35, geb. Nr. — 60   |
| <b>Stuttgart.</b> | 1808. | Koalitionsrecht; Bergarbeiterstreik; Preus-<br>sische Landtagswahlen; Zoll- und Handels-<br>politik. Brosch. Nr. — 35, geb. Nr. — 60                         |
| <b>Hannover.</b>  | 1809. | Bernstein-Debatte; Justizvorlage; Mil-<br>itärfrage. Brosch. Nr. — 50, geb. Nr. — 75   |
| <b>Mainz.</b>     | 1900. | Wahlpolitik; Verkehrs- und Handelspolitik;<br>Taktik bei den Landtagswahlen; Anfang:<br>Bericht über die Frauenkonferenz.<br>Brosch. Nr. — 50, geb. Nr. — 75 |
| <b>Lübeck.</b>    | 1901. | Zolltarif und Handelsverträge; Wohnungs-<br>frage; Hamburg-Recordmancer; Bernstein-<br>Debatte. Brosch. Nr. — 60, geb. Nr. — 90                              |
| <b>München.</b>   | 1902. | Sevorliegende Reichstagswahl; Arbeiter-<br>versicherung; Kommunalpolitik; Debatte<br>über „Neue Zeit“. Brosch. Nr. — 60, geb. Nr. — 90                       |

### Protokolle der Internationalen Arbeiter-Kongresse.

<b>Paris.</b>	1889.	Mit einem Vorwort von B. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der stehenden Heere; Arbeiter. Nr. — 25
<b>Zürich.</b>	1893.	Stellung der Partei im Kriegsfall; Agrar- frage; Generalstreik. Nr. — 50
<b>London.</b>	1896.	Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwicklung. Nr. — 20
<b>Paris.</b>	1900.	Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. Nr. — 20

### Zur Beachtung!

Kein seit 16 Jahren in Steglitz bestehendes  
**Uhrengeschäft**  
 habe nach **Kielerstr. 7** verlegt  
 und bitte das mit bisher geschenkte Vertrauen mit auch fernerhin entgegen-  
 bringen zu wollen.  
**A. Knappe, Uhrmacher, Kielerstr. 7.**

### Die schönsten Herren- Anzüge, Winterpaletots, Joppen etc.

sind zu be-  
 deutend herabgesetzten Preisen in gross. Auswahl vorhanden.  
 Abt. I: Selbstangefertigte Garderobe, keine Fabrikware, durch  
 diesen Vorteil alles viel billiger. Anfertigung nach Mass.  
 Abt. II: Monats-Abonnements-Garderobe, von Kavaliereu ge-  
 tragene Sachen, sehr preiswert. Für jede Figur passend.  
**J. Wand,** Hauptgeschäft: **Prinzenstr. 17,**  
 an der Wasserthorstrasse.  
 Filiale: **Gr. Frankfurterstr. 116,** an der Andrastrasse.

### Nur neueste Moden.

Dieser steife, schwarze Hut mit Zutter,  
 Cylinderhüte und Chapeau clagues  
 moderne Form, kostet 1,90 Mk.  
 in großer Auswahl.

### Special-Hut-Engroslager nur neueste Moden.

**Einzelverkauf zu Fabrikpreisen**  
 im Comptoir Neue Königt. 48, 1 Treppe,  
 drittes Haus vom Alexander-Platz.  
 Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.  
**Filzhüte für Herren,** neueste Form, mit Zutter M. 1,50,  
 neue Form, mit Atlaszutter M. 2,—, hochfeine  
 Qualität M. 2,50, extra feine M. 3,—, beste Qualität M. 4,50.  
**Oderbrucher und pommerische  
 Gänse**  
 sowie Gänsefleisch, Federn, Linsen u. Gänsefleisch  
 empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen  
**Fritz Weber,** Gräuer Weg 57,  
 im Keller.

### Sozialdemokrat. Wahlverein für Schöneberg.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser langjähriges Mitglied,  
 der Maurer  
**August Grüneberg**  
 nach langen schweren Leiden am  
 Dienstag früh an der Brotfabriker-  
 Krankheit verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 18. Oktober, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Schöneberger Friedhofes,  
 Maxstraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 15/18 **Der Vorstand.**

### Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 13. Ok-  
 tober verstorbenen Rotenstetters  
**Paul Paris**  
 findet statt am Freitag, den 16. Ok-  
 tober, nachmittags 4 Uhr, von der  
 Leichenhalle des Bethemann-  
 Kirchhofes in Nieder-Schönhausen.  
 24768 **Das Komitee.**

### Textilarbeiter-Verband (Posamentiere).

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege  
**Max König**  
 verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet Sonn-  
 tagnachmittags 5 Uhr von der  
 Leichenhalle des Thomas-Kirch-  
 hofes in Rixdorf, Hermannstraße,  
 aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 197/8 **Der Vorstand.**

### Todes-Anzeige.

Am 8. Oktober verstarb nach  
 langen, schweren Leiden unser im  
 vorigen Jahre verunglückter lieber  
 Sohn und Bruder  
**Alex Böhm**  
 Schullehrerling  
 im Krankenhaus am Urban.  
 Die Beerdigung findet Sonn-  
 abend, 17. Oktober, nachmittags  
 3 Uhr, von der Leichenhalle des  
 städtischen Friedhofes in Friedrichs-  
 felde aus statt.  
 Um stille Teilnahme bitten  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

### Kranken-Unterstützungs- und Be- gräbnisverein der Bau- u. gewerb- lichen Hilfsarbeiter Berlins u. Umg.

Sonntag, den 18. Oktober 1903, vor-  
 mittags 10 Uhr, Langestr. 65:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom dritten Quartal  
 1903. 2. Wahl eines zweiten Schrift-  
 führers. 3. Vereinsangelegenheiten  
 und Beschließenes.  
 Sonnabend, den 17. Oktober, fällt  
 der Jahrelend bei Blum e aus.  
 Um zahlreiches Erscheinen der Mit-  
 glieder ersucht  
 37/6 **Der Vorstand.**

### Centralverband der Dachdecker.

(Zentrale Berlin.)  
 Sonntag, 18. Oktober, vormittags  
 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Delegierten von der  
 Gaukonferenz. 2. Stellungnahme zum  
 Verbandstag und Auffassung von  
 Delegierten. 54/16  
**Die Ortsverwaltung.**  
 H. A. G. Höpner.

### Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntag früh 7 1/2 Uhr  
 Start Grenzlauer Thor nach Zehlendorf  
 (60 Kilometer). Mittags 1/2 Uhr  
 Brandenburgischer Thor: Streifzüge durch  
 den Grunewald. Abends: Zusammen-  
 sein bei Obst, Schöneberg, Moinsing-  
 strasse 8. — Dienstag, 20. Oktober:  
 Versammlung im Böhmischen Braun-  
 haus, Landsberger Allee 11—13.

### Hirschfleisch

Pf. 25, 30, 40  
 Blatt 50.  
 Rehten und -Blätter.  
 Gelp. Hasen, gr. Kaninchen 70 Pf.  
 Oderbr. Gänse 55 u. 60.  
 Fühner, Enten, Tauben.  
**A. Ritschl,** Dresdener-  
 straße 61.

### Reste spott- billig

**Tuchfabrik-Niederlage**  
 Berlin C., Rossstr. 2,  
**Koch & Seeland.**

# Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 22.  
Fernspr.: Amt VII Nr. 1939.

## Branchen-Versammlungen.

**Achtung! Geschirr-Branche. Achtung!**

Montag, den 19. Oktober cr., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Englischen Hof, Neue Hofstraße 3.

Tagesordnung: „Unsre Lohnbewegung.“ Referent: Kollege Fritz Müntner.

Es ist einfach Ehrenpflicht eines jeden Geschirr-Sattlers, in dieser Versammlung anwesend zu sein.

**Creibriemen-Branche:** Dienstag, den 20. Okt., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Engl. Garten, Alexanderstr. 27c.

**Taschen- u. Kofferbranche:** Mittwoch, 20. Okt., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

**Militär-Branche:** Sonnabend, den 17. Okt., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

**Linolenleger u. Teppidnäher:** Montag, 19. Okt., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstr. 65.

**Wagen-Branche:** Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Augustin, Lindenstr. 69.

**Eisenmöbel-Branche:** Mittwoch, den 28. Okt., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstr. 65.

**Sektion Charlottenburg:** Dienstag, den 20. Okt., ab. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei E. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 90.

Wir richten an die Kollegen und Kolleginnen das dringende Ersuchen, diese Branchen-Versammlungen zu besuchen.

Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 24. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

**Feier des 15. Stiftungs-Festes.**

Konzert: Berliner Tonkünstler-Orchester. Recitation: Anna Hedeler. Feste des Reichstags-Abcorderuten Ignaz Auer.

Reigen-Fahren: Radfahrer-Verein „Berlin“.

**Tanz.** Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Eröffnung 8 Uhr. Anfang 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. Entree 30 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Das Vergnügungs-Komitee.  
S. V.: W. Tuschke, Michaelstraße 28.

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

# Tischler-Verein zu Berlin.

G. S. R. Nr. 89.  
Sonnabend, 17. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Meschdorfstr. 15:

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: Rechnungslegung über das 3. Vierteljahr; Bericht der Bibliothek; Unterstützungsgesuch; Interne Vereinsangelegenheiten. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.

Solltägliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Arbeiter-Ban-Genossenschaft „Paradies“ zu Berlin.**

(Eingetragene Genossenschaft m. b. G. l. p. l.)  
Sonntag, den 25. Oktober 1903, vormittags 9 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei

**Buggenhagen am Moritzplatz:**

**Anßerordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Anträge des Vorstandes betreffend:

a) Ankauf des Grundstückes bei Bohnsdorf, b) Häuserbau, c) Wohnungen, d) Darlehensaufnahme.

2. Verwaltung Angelegenheiten.

Einige Anträge von Mitgliedern, welche zur Beschlussfassung gelangen sollen, müssen spätestens bis Dienstag, den 30. d. M., in den Händen des Vorsitzenden, Genossen G. Kopsch, Wienerstr. 29, part. sein.

Die Mitglieder werden ersucht, die gezeichneten Beiträge spätestens bis zum 31. Oktober entweder beim Vorsitzenden oder dem Kassierer P. Stempel, Mantelstr. 109, Quercz. III, resp. in den Kassenstellen einzuzahlen.

Ferner ersuchen wir mit Hinweis auf § 8 Abs. b des Statuts diejenigen Mitglieder, welche sich mit ihren Zahlungen im Rückstand befinden, ihren Verpflichtungen baldmöglichst nachzukommen. Diejenigen Mitglieder, welche willens sind in der Lage sind, die der Denkschrift beigelegten Fettel auszufüllen, werden ersucht, dieselben nunmehr umgehend einzufüllen.

Genossen! Die Wichtigkeit der Anträge des Vorstandes, über welche die General-Versammlung beschließen soll, gebietet jedem von uns, pünktlich zu erscheinen.

Dyke Mitgliedskarte kein Zutritt!

Der Vorstand.

A. H. G. Kosska, 1. Vorsitzender, Wienerstr. 29.

**Achtung!** Auf Wunsch aller Teilnehmer der Bezirks-Versammlungen findet noch eine Besichtigung des Grundstückes bei Bohnsdorf am Sonntag, den 18. d. M., statt. Sammelplatz am Bahnhof in Grünau, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ —3 Uhr.

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

# Centralverband der Glaser

und verwandter Berufsgenossen Deutschlands

(Zahlstelle Berlin).

Sonnabend, den 17. Oktober 1903, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

**Gr. Herbstvergnügen**

bestehend in

grossem Ball, Gesangsaufführungen des Gesangsvereins der Glaser, Verlosung von Kunstgegenständen, Feste des Genossen Hoffmann.

Um 12 Uhr Kaffeepause. — Anfang 8 $\frac{1}{2}$  Uhr abends. — Ende, wenn alles zu Hause ist.

Herren-Billets 50 Pfennig, Damen-Billets 30 Pfennig. 73/19

**Verband des technischen Bühnenpersonals.**

Sonnabend, den 17. Oktober, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

**General-Versammlung**

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht, 2. Kassendbericht, 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Regen Besuch erwartet. Der Vorstand.

NB. Das vierte Stiftungsfest findet am 17. November in den Räumen der „Alhambra“, Wallnertheaterstr. 15, statt. Billets hierzu sind in der Versammlung zu haben.

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitagabend 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

**Sitzung der Ortsverwaltung.**

Montag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr:

**Zwei Mitglieder-Versammlungen.**

1. Am Märkischen Hof, Admiralsstraße 18a für die Mitglieder, die im Bezirk des Kassierers Post beschäftigt sind.

2. Bei Brochnow, Webersstraße 17 für die Mitglieder, die im Bezirk des Kassierers Schulz beschäftigt sind.

Tages-Ordnung:

Aufstellung von Delegierten zur Generalversammlung der Ortsverwaltung.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

# Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin O., Dragonerstr. 15. — Telefon: Amt III, Nr. 5028.

Sonntag, 18. Oktober, vormittags 10 Uhr:

**General-Versammlung**

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend in den Industrie-Gebäuden (früher Cohn), Bentzstr. 19/20.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Vortrag des Genossen Dr. Wollheim: Die Arbeiter und die Landtagswahlen.

3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

# Schlafmöbel-Bazar „Baby“

Centrale Anwalldenstraße 100.

Billets: Frankfurterstr. 115

Goldammerstraße 83b, Lauenburgerstr. 7a

a. d. Götterstraße, Beusselstr. 18

Becke-Alliancestr. 107, Dramaticstr. 31

Reinholdenstraße 20, Brunnenstr. 92

...

Sociales.

Die Beisitzer des Gewerbegerichts Jena, Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer, haben sich in einer gemeinschaftlichen Sitzung am 14. Oktober einstimmig für Angliederung der sogenannten Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte ausgesprochen; sie wollen einen dahingehenden Antrag beim Reichstag bzw. Bundesrat befürworten. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß die Amtsgerichte mit Arbeiten überlastet sind und bei den Gewerbegerichten die Klagesachen schneller erledigt würden.

Errichtung von Arbeitsnachweis-Bureaus bezweckt ein Gesetzentwurf, der auf der Tagesordnung des galizischen Parteitags steht.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet im Vereinslokal von Kajulle, Friedrichstr. 61, die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins mit wichtiger Tagesordnung statt.

Rehendorf. Am Sonntagmorgen 3 1/2 Uhr findet bei Bellrich, Alsenstr. 86, eine öffentliche Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Landtagswahl. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Wilmsdorf. Die Abteilungslisten für die Urwahlen zum Landtage liegen heute und morgen vormittags von 9-11 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr im Rathause, Zimmer 25, zur Einsichtnahme aus. Die Parteigenossen thun gut, auch diese Listen nachzusehen.

Grünwald. Sämtliche in der Kolonie Grünwald wohnenden politisch organisierten Parteigenossen werden ersucht, ihre Adressen an das Mitglied des Landtags-Wahlkomitees für Schmargendorf und Grünwald Genossen A. Publit, Schmargendorf, Breitestr. 21, umgehend einzusenden.

Lokales.

„Es war nicht so gemeint.“

Zu dem neuesten, das Jahr 1902 behandelnden Geschäftsbericht der städtischen Betriebs-Krankenliste hat jetzt der Kassenvorstand eine offizielle Erklärung abgegeben, wie wir sie in unrer Besprechung dieses sonderbaren Berichtes (vergl. Nr. 233 vom 6. Oktober und Nr. 239 vom 13. Oktober) als erforderlich bezeichnet hatten. Am Mittwoch hat in der General-Versammlung der Krankenkasse der Vorsitzende, Gewerbevertreter v. Schulz, vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort genommen, um auf unsere „Angriffe“ zu erwidern.

Zur Information der Delegierten trug Herr v. Schulz einen Teil derjenigen Ausführungen des Berichtes vor, die wir gerügt haben. Er verlas die Einleitung, die es als „Ansicht des Vorstandes“ hinstellt, daß die seit einiger Zeit eingeführte Erstattung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn die wirtschaftliche Lage der Kasse ungünstig beeinflusse, weil sie die Kassenmitglieder veranlasse, leichter sich krank und arbeitsunfähig zu melden. Der „Vorwärts“ habe bemängelt, daß das als Ansicht des Kassenvorstandes gelten solle, und habe im Anschluß daran behauptet, in den Ausführungen des Geschäftsberichtes liege die Behauptung, daß alle diese leichter sich krank meldenden Mitglieder Simulanten seien. Später sei dann in „Vorwärts“ die Aufschrift eines zum Vorstand gehörenden Arbeitnehmers-Vertreters veröffentlicht worden, der dagegen Einspruch erhebe, daß der Geschäftsbericht, dessen Fassung den einzelnen Vorstandmitgliedern nicht einmal vorher mitgeteilt worden sei, eine von einem einzigen Arbeitgeber-Vertreter vorgelegte Meinungsäußerung als Ansicht des Vorstandes wiedergegeben habe.

Hierzu bemerkte Herr v. Schulz, der Bericht sei diesmal tatsächlich, wie angegeben, den einzelnen Vorstandmitgliedern gar nicht vorgelegt worden. Es handle sich dabei um ein Versehen, das nicht wieder vorkommen werde. Die Verschuldigung des „Vorwärts“, der Vorstand wolle die Kassenmitglieder der Simulation verdächtigen, sei zurückzuweisen; er selber, der Vorsitzende, hätte einen solchen Bericht nie unterschrieben, wenn er gefunden hätte, daß diese Verdächtigung herausgelesen werden könne.

Herr v. Schulz ist bei seiner Antwort auf unsere „Angriffe“ und „Verschuldigungen“ ein Jertum passiert, den wir ihm berichtigen wollen. Wir haben nicht „behauptet“, in den Ausführungen des Geschäftsberichtes liege die „Behauptung“, daß usw. Wir haben lediglich den Eindruck, den wir beim Lesen des Berichtes empfanden haben, wiedergegeben — den Eindruck, daß der Kassenvorstand, dessen Unterschrift der Bericht trug, „sich in allerlei auf den Verdacht der Simulation hindeutenden Anspielungen ergeht“. Nicht den „Vorwärts“ sollte Herr v. Schulz anklagen, sondern den Beamten, der den Bericht verfaßt hat, und sich selber, der ihn unterschrieben und zur Veröffentlichung zugelassen hat. Ob man den obigen Eindruck empfangen konnte, das mögen unsere Leser nach den wörtlichen Citaten beurteilen, die wir in Nr. 233 und 239 aus dem Bericht mitgeteilt haben. Herr v. Schulz hat den Delegierten, die ebenso wie die im Vorstand sitzenden Arbeitnehmer-Vertreter von den Ausführungen des Berichtes erst durch den „Vorwärts“ Kenntnis erhalten haben, die von uns citierten Sätze noch einmal vorgelesen. Weggelassen hat er nur den einen Satz, in dem gesprochen wird von „wirklichen Krankheitsfällen, welche sich nur auf eine Woche erstrecken“. Man erfährt daher nicht, welche „Ansicht des Vorstandes“ sich hinter dem Wort „wirklich“ verbirgt.

Herr v. Sch. hat in dem Eifer seines Entlastungsversuches noch eine andre Kleinigkeit vergessen. Er hat unterlassen, den merkwürdigen Umstand zu erwähnen, daß der gedruckte Bericht nur die Unterschrift „Der Vorstand“ trägt, ohne den Namen „v. Schulz“, der sich in den Berichten der Vorjahre findet. Wir argwöhnten, daß am Ende auch Herr v. Sch. den Bericht gar nicht gesehen habe, aber nach der jetzt von ihm abgegebenen Erklärung, daß er „einen solchen Bericht nie unterschrieben hätte, wenn er usw.“, müssen wir diesen übrigens unausgesprochenen Verdacht fallen lassen. Herr v. Sch. hat den Bericht gesehen und durch Unterschrift gebilligt. Er hat die Verantwortung übernommen für die Stillübung eines als Kassenvorstand fungierenden Magistratssekretärs, der dem Vorstande eine „Ansicht“ nachsagt, die von dessen Mehrheit nicht geteilt wird, und der die „Wichtigkeit“ dieser Ansicht für „bestätigt“ hält durch eine statistische Tabelle, aus der ihre Unrichtigkeit hervorgeht! Und damit das Maß der Wunderlichkeiten dieses Berichtes voll werde, ist schließlich bei der Veröffentlichung die Unterschrift „v. Schulz“ doch noch weggeblieben. Man sieht, wie ein amtlicher Bericht abgefäht, wie er gelesen und unterschrieben, wie er veröffentlicht wird. Wir hoffen, daß auch das „nicht“ wieder vorkommen wird.

Auf Herrn v. Sch. folgte Herr Baumeister Eisner, erster Stellvertreter des Vorsitzenden. Herr E. stellte sich als den erwähnten Arbeitgebervertreter vor; er habe aber „me gesagt, daß seien alles Simulanten“. Den Bericht habe auch er nicht vor der Veröffentlichung gesehen. So hat er wenigstens nichts vor den Arbeitnehmer-Vertretern vorausgehakt. Der „Vorwärts“ hat nach Herrn E. darin recht, daß durch die statistische Tabelle gar nichts „bestätigt“ wird. E. fügte aber hinzu, die durch den Bericht veröffentlichten Zahlen seien nicht richtig, und teilte, 1901 und 1902 mit einander vergleichend, die berichtigten Zahlen mit. Danach zeigen die Erkrankungen von zwei, drei, vier, fünf, sechs Wochen Dauer eine Zunahme um rund 25, 31, 23, 20, 15 Prozent, die von einer und von sieben Wochen Dauer eine Abnahme um 4 und um 20 Prozent. Herr E. hob diese Zahlen hervor, gab aber selber zu, daß über die Zahlung der Lohn Differenz im Jahre 1902 für die verschiedenen Verwaltungen noch keine be-

stimmte Regel bestanden hat, daß die Magistratsverwaltung, die diese Frage allgemein regelt, erst vom 17. September 1902 datiert, daß man also nach den Zahlen von 1902 noch gar nicht urteilen kann. „Ka also!“ bemerkte hierzu respektvoll-leise ein Delegierter.

Den Schluß machte der Beisitzer Schabel, der den Standpunkt der Arbeitnehmer-Vertreter darlegte. Herr Schabel empfahl, die Ursachen der ungünstigen Lage der Kasse doch einmal in einer andern Richtung zu suchen. Er wies darauf hin, daß die Kasse alte, kranke, völlig arbeitsunfähige Personen erst 39 Wochen unterstützen muß, ehe sie in den verdienten Ruhestand versetzt werden. Ja, der Magistrat versteht sich aufs Sparen!

Was wird nun mit dem auf so sonderbare Art zu stande gekommenen, falschen Berichte gesehehen? Wird er für ungültig erklärt und durch einen andern ersetzt werden?

Die Angelegenheit Koch-Dippold bildet noch immer das Tagesgespräch und täglich gehen uns aus dem Publikum darüber Zuschriften zu. Unter diesen Umständen ist es wohl angebracht, die Öffentlichkeit reden zu lassen, und wir glauben, daß die Stimmung in Frauenreisen wohl am deutlichsten in folgendem „offenen Brief“ an die Frau Vandalredaktor zum Ausdruck kommt. Unsrer Leserin schreibt:

„Das Urteil im „Prozeß Dippold“ ist gesprochen. Der Schuldige erhielt seinen Lohn. Aber die Gemüter der ganzen, mehr oder minder zivilisierten Menschheit haben sich noch nicht beruhigt. Eine moralisch Mitschuldige ging ungestraft aus dem skandalösen Prozeß hervor: die Mutter. Die Mutter, verehrte Frau Koch, die fromme Worte stammelnd im Trauerkleid auf der Beugbank erschien und sich mit einem armseligen „Gott hat's gewollt!“ zu trösten vermochte. Die Mutter, der es genügt, begabte Hände für ihre Kinder sorgen zu lassen! Die Mutter, die ungerührt dem verzweifeltsten Hilferufe ihrer „aber alles geliebten Kinder“ gegenüber keine andere Herzensregung empfand, als: einfach ins Portemonnaie zu greifen und dem Peiniger ungehend 500 M. zu schicken! Damit war die Sache erledigt.“

Ich möchte Ihnen, verehrte Frau Koch, gern ein kleines Beispiel geben, was „Mutterliebe“ betrifft: Ein armes Weib, das für seine Kinder arbeitete und darbt, jagte: „Lieber sterben, als eins der Kinder verlieren. Die Kerne weinte sich fast die Augen blind, als ihre sämtlichen Kinder im Sommer zur Erholung mit in die Ferienkolonie gingen. Eine trostlose Ewigkeit dünnten dem armen Weibe die wenigen Wochen, die es von den Kindern getrennt zubringen mußte.“

Ja, freilich! Was versteht so ein ungebildetes Weib von Mutterpflicht? In seiner armseligen Sentimentalität geht es gern über diese Pflicht hinaus. Schließlich hat so ein darbenendes Weib ja auch weiter nichts als seine ungezogenen, schmutzigen Jährling. Was für eine unbedeutende Meinung hat es von den herrlichen Italien-Reisen, Gesellschaften und andern Vergnüglichkeiten, bei welchen einem Kinder belamisch ja nur im Wege sind!

Mutterpflicht?! Die Pflicht einer Mutter ist zum größten Teil damit erledigt, dem Kinde das Leben gegeben zu haben. Für Pflege und weiteres Fortkommen zahlt man eben standesgemäß. Gottlob, man kann sich's ja leisten! Seine unbegrenzte Mutterliebe offenbart man, indem man von Zeit zu Zeit von irgend einem schönen Punkte der Welt aus „1000 Grüße und Küsse“ mit dem obligaten „Deine Dich innigstliebende Mutter“ etc. sendet; sich auch in dringendem Falle eine Depesche spendiert! So genügt man seiner Pflicht vollkommen und — hat weiter keine Unbequemlichkeiten.

Was die Leute reden: Die Pflicht einer Mutter sei es vor allen Dingen, den Verdegang, die Entwicklung ihrer Kinder zu beobachten, gute Einflüsse geltend zu machen und — soweit dies der Mutterliebe möglich ist — das Kind vor allen Bösen zu bewahren, Leib und Seele zu hüten vor jeglicher Gefahr! Lächerlich! Dazu hat man ja seine Leute!

Weiter sagt man: Die Pflicht einer Mutter sei es, nicht — um Vergnügungssucht und Neugier — dem späteren Menschen das Beste nicht zu rauben, was ihm selbst die schönsten Stunden des Lebens nachher zu erzeigen vermögen: Die Erinnerung an eine glückliche, ungetrübte Kindheit, durch die, gleich einem guten Engel, verklärt, die Gestalt der Mutter schwebt!

Lächerlich! Vandalredaktors-Söhne haben später etwas andres zu thun, als in Sentimentalität zu schwelgen!

Ich bin höflich genug, Ihnen vollkommen beizustimmen. Indem ich Ihnen aber doch von Herzen Ruhe für Ihre Seele wünsche, verbleibe

Schachtmagdbollst

G. M.“

Es sind gewiß harte Worte, die hier der Mutter des zu Tode gemarterten Kindes gesagt werden, und man mag der Strafpredigt gegenüber gelten lassen, daß der durch diesen Tod gewiß schwer geprüften Dame am Ende Entschuldigungsgründe zur Seite stehen, die der Deffenlichkeit unbekannt sind. Aber wir lassen diese, vor allem der Frauenwelt von Herzen kommenden Worte so auf, daß sie sich nicht allein an die Frau des Vandalredaktors, sondern allgemein an jene Mütter richten, die in grenzenloser Oberflächlichkeit ihre vornehmste Pflicht außer acht lassen.

Wie man um sein Gemeinde-Wahlrecht kommt. Der Kaufmann H. hatte sein schwer erkranktes Kind im Krankenhaus am Friedrichshain unterbringen müssen. Bei der Aufnahme gab der Vater die Erklärung ab, daß er die Kosten für die Behandlung zahlen wolle und hierzu auch in der Lage sei. Zwölf Tage nach der Einlieferung, am 28. Juni d. J., holte H. sein Kind wieder und erklärte sich bereit, die Pflegekosten sofort zu zahlen. Ihn wurde das Geld jedoch nicht abgenommen; man sagte ihm vielmehr, daß er die Rechnung zugestellt erhalte. Bevor dies geschah, erschien ein Abgesandter der Armenkommission in der Wohnung des Kaufmanns und legte der Frau die Frage vor, wie sie es mit der Zahlung der Krankenhauskosten halten wolle. Die Frau erklärte, daß ihr Mann die Zahlung wohl in zwei Raten leisten werde. Als Frau G. ihren Mann von dem Besuch unterrichtet hatte, erklärte er, daß er mit der Armenverwaltung nichts zu thun haben wolle und daher das Geld nach Einlaufen der Rechnung auf einmal zahlen werde. Dies geschah denn auch, nachdem Herr H. vom Central-Bureau das folgende vom 21. Juli datierte Schreiben zugestellt erhalten hatte:

Wir fordern Sie auf, den erwähnten Betrag von 24 M. binnen vier Wochen nach Empfang dieser Zahlungsaufforderung an die Stadt-Hauptkasse, Einziehungs-Abteilung, im Rathause Zimmer Nr. 13, zu erstatten. Gehört innerhalb dieser Frist nicht Zahlung der vollen Kosten ein, so setzen Sie sich der Gefahr aus, Ihres Wahlrechts verlustig zu gehen. Die Rechnung wurde am 31. Juli bezahlt. Als Herr H. die Wählerliste zu den Stadtverordnetenwahlen nachsah, war er erstaunt, seinen Namen nicht darin zu finden. Auf seine Reklamation wurde ihm geantwortet, daß er Armenunterstützung erhalten habe. Diese Behauptung wies H. als unwahr zurück und beantragte seine Eintragung in die Liste. Dies Verlangen wurde ihm in folgendem vom 6. Oktober datierten Schreiben des Magistrats verlegt:

Wir benachrichtigen Sie hierdurch, daß die Stadtverordneten-Vermahlung Ihre Einbindung gegen die Michtigkeit der Gemeindevählerliste durch Beschluß vom 24. September d. J. als unbegründet zurückgewiesen hat, da Sie in der Zeit vom Juli 1902 bis dahin 1903 (durch Krankenhauspflege) Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen haben, mithin die Bedingungen des § 5 Nr. 2 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 nicht erfüllt sind.

Der Kaufmann ging jetzt mit der quittierten Krankenhaus-Rechnung nach dem Rathause, bewies dort, daß er sie fünf Tage nach Empfang bezahlt hatte, obgleich ihm vier Wochen Zeit gegeben

war und beantragte, ihm zu seinem ihm widerrechtlich vorenthaltenen Wahlrecht zu verhelfen. Man sandte den Beschwerdeführer von einem Amtszimmer ins andre; überall erhielt er aber den Bescheid, daß ein Jertum vorliegen müsse, in der Sache selbst aber nichts zu machen sei. Ein nettes Beispiel vom Wirken der liberalen Berliner Gemeindeverwaltung!

Von den ältesten Gasbehältern der Stadtgemeinde Berlin, die in den Jahren 1845-46 erbaut und am 1. Januar 1847 in Betrieb gesetzt wurden, war diejenige am Kopenplatz im Jahre 1899 geschlossen worden. Sie war keine Gaserzeugungs-, sondern nur eine Gasbehälter-Anstalt gewesen. Die Gasbehälter usw. wurden dann abgebrochen und nur das aus späterer Zeit stammende Verwaltungsgebäude blieb noch erhalten. Nachher wurden Räume des Verwaltungsgebäudes noch von der 4. Revier-Inspektion benützt, während der freigewordene Teil der Grundstücke vorläufig als Lagerplatz und im Winter auch als Eisbahn vermietet wurde. Nunmehr wird auch der letzte Rest der ehemaligen Gasanstalt verschwinden. Die Revier-Inspektion ist verlegt worden und das Verwaltungsgebäude soll noch im Herbst beseitigt werden. Die Anstalt am Kopenplatz hatte in früheren Jahren infolge einer Sonderstellung eingenommen, als sie einen ihrer beiden Gasbehälter ausschließlich für die königlichen Theater bereitzustellen hatte, denen das Gas mit höherem Druck geliefert werden mußte. Erst nachdem die königlichen Theater die elektrische Beleuchtung eingeführt hatten, wurde 1890 der vorgehaltene Gasbehälter samt dem bisher nur für diese Theater benutzten Hauptrohr an das allgemeine Rohrnetz angeschlossen. Das Grundstück am Kopenplatz war ein Teil des ehemaligen stoppschen Armenfriedhofs, der im Jahre 1705 eröffnet und 1840 geschlossen worden war. Es wird jetzt verwendet zur Errichtung eines neuen Gemeindefaustaufes, das als Ersatz für das im Jahre 1833 gebaute, unzulänglich gewordene Schulhaus der benachbarten Linienstraße dienen soll.

Verlegung des Joachimsthalschen Gymnasiums? Der „Eberwälder Zeitung“ wird geschrieben, daß bei Gelegenheit des Aufenthaltes des Kaisers in Hubertuslod die seit längerer Zeit in der Schwebe befindliche Frage der Verlegung des Joachimsthalschen Gymnasiums zur Sprache kommen sollte. Bereits im Jahre 1855 war man nahe daran, das Gymnasium bzw. die Alumnatsanstalt wieder nach ihrem Ausgangsort zurück zu verlegen, man kam aber wieder von dem Plane ab. Der Grund und Boden in der Reichshauptstadt ist inzwischen noch mehr im Preise gestiegen, so daß, wenn die Berliner Eigenschaften des Joachimsthalschen Gymnasiums realisiert werden, man mit dem dafür erhaltenen Erlös in der Provinz einen großen und gesunden Stiftungsbau herstellen könnte. Zunächst hat die Stadt Joachimsthal sich bemüht, das früher zu ihr gehörige Gymnasium wieder zu erhalten. Die unternommenen Schritte scheinen jedoch zu einem Erlöse bis jetzt nicht geführt zu haben, denn es ist inzwischen ein vollständig neues Verlegungsprojekt aufgetaucht, das Kloster Chorin als diejenige Stätte ins Auge gefaßt hat, wohin die Verlegung geziehen soll. Im höheren Auftrage weilten vor etwa 14 Tagen einige Regierungsbeamte an Ort und Stelle, um Terrainstudien zu machen.

Das Joachimsthalsche Gymnasium an der Kaiser-Allee zu Wilmsdorf ist bekanntlich mit einem Kaminat verbunden, und um die Verlegung beider Institute handelt es sich. Außerdem wird die Regierung wahrscheinlich in der Nähe des jetzigen Gymnasiums ein neues errichten, so daß eine Lücke auch hier nicht entstehen wird.

Geschäfte mit Eseln. Die Zivilkammer des Landgerichts II hatte sich gestern mit der Esel-Ausstellung zu beschäftigen, welche der Deutsche Tierzüchtungs-Verein im vergangenen Jahre im Luisenpark veranstaltet hatte. Der Vater Hofmann aus Weßlau, der das Monopol erworben hatte, allein im Ausstellungsraum Esel zu dürfen, behauptete, daß die Vertrags-Vereinbarung nicht imgehalten worden sei und klagte auf entgangenen Gewinn. Der Vorstand des Deutschen Tierzüchtungs-Vereins lehnte die Verantwortung ab und stellte die Behauptung auf, daß der damalige Vorsitzende des Tier-Depots, Oberlehrer Reunzig, die Ausstellung veranstaltet hätte. Der Verklagte, vertreten durch das Vorstandsmittelglied, Rechtsanwalt Dr. Jacobson, beantragte, im Falle einer Verurteilung den Oberlehrer R. als alleinigen und privaten Veranstalter der Ausstellung haftbar zu machen. In der geführten Verhandlung wies Herr R. nach, daß eine im Namen des Vorstandes erlassene Bekanntmachung über die Esel-Ausstellung ein Vierteljahr lang in der Vereins-Zeitschrift veröffentlicht worden, daß ferner in dem Katalog der Verein als Veranstalter bezeichnet und daß die von dem Verein ausgestellten Ehren diplome von dem Vereinsvorsitzenden, Generalmajor z. D. Köring, eigenhändig unterschrieben waren. Ferner war auch im Protokoll der Vorstandssitzung, Reunzig als bevollmächtigter Ausstellungsleiter benannt. Herr Generalmajor z. D. Köring erklärte als Zeuge, er entsinne sich nicht mehr, daß die Bekanntmachung im „Jbis“ erschienen, er vermag sich auch nicht mehr zu erinnern, daß er die Ehren diplome unterzeichnet habe. Die Frage des Richters, ob der Zeuge noch wisse, daß die Ausstellung stattgefunden und ob er sie besucht habe, bejahte dieser Herr. Rechtsanwalt Dr. Jacobson nahm auf Grund des Ergebnisses der Vernehmung den Antrag auf Streitverbindung unter persönlicher Übernehmung der Kosten zurück. Bezüglich der Hauptklage wurde ein neuer Termin angesetzt.

Zum Rektor der Berliner Universität ist an Stelle des Geh. Justizrats Bierle der Geheimrat Prof. Dr. v. Richthofen gewählt worden.

Ein neues Spezialitäten-Theater am Bellealliance-Platz. Dem Vernehmen nach will Baumeister Niegra, der Besitzer des Apollo-Theaters, in nächster Nähe des Bellealliance-Platzes ein neues Spezialitäten-Theater bauen. Als Baugrund kommt der Häuserkomplex Bellealliancestraße-Alte Teltowerstraße in Frage, und zwar handelt es sich um die Häuser 3-5 Bellealliancestraße und um die Front in der Teltowerstraße, die jetzt durch das Pfeiffersche Lokal gebildet wird.

Deutsche Gasfreundschaft. Der Minister des Innern hat eine Eingabe der Berliner Konfektionsfirmen um Zurücknahme der Ausweisung holländischer Einkäufer aus Preußen abschlägig beschieden. Eine nähere Begründung ist nicht angegeben.

Vom Ende des Industriegebäudes. Das alte Café Royal an der Ecke der Leuth- und Kommandantenstraße, der Treffpunkt der Schaafreunde Berlins, wird jetzt abgerissen, um einem monumentalen Neubau im modernen Berliner Geschäftshausstil Platz zu machen. Das Café soll dann an derselben Stelle wieder eröffnet werden. Bemerkenswert ist, daß das Industriegebäude, in dessen Erdgeschloß das Café sich befindet und das jetzt verwindet, Anfang der 70er Jahre zu den hervorragenden Gebäuden von Berlin zählte. Geber, der Erbauer des Centralhotels, war der Gründer. Er hatte die alte Kaserne des Kaiser Franz-Garde-Granadier-Regiments erworben, abbrechen lassen und dann das Industriegebäude, einen zu damaliger Zeit riesigen Palast erbaut. In dem Gebäude befinden sich außer dem Café die Gratiweischen Bierhallen, ein Postamt erster Klasse, Dutzende von großen Betrieben, Geschäftslokale, Läden, Cobins Festäle, die Vereinsräume und Klublokale verschiedener großer Vereine und Gesellschaften, sowie Wohnungen.

Was ein gefuchter Rechtsanwalt verdient. Die Verteidigung des früheren Direktors der Dortmunder Handelsbank, Bankiers Ruff, war einem bekannten Berliner Anwalt übertragen worden. Bei derartigen Senationsprozessen pflegen sich die Parteien über die „Gebührenordnung für Rechtsanwälte“ hinwegzusetzen, indem sie aus freier Hand das Honorar für die Verteidigung vereinbaren. In dem vorliegenden Falle sollte für die ersten drei Verhandlungstage ein Honorar von 6000 M. gezahlt werden; für jeden weiteren Verhandlungstag wurde dagegen ein Honorar von je 1000 M. ausbedungen. Dieser Prozeß ist nun erst am zwölften Verhandlungs-

tags beendet worden, mithin konnte der Verteidiger über ein Gesamthonorar von 14000 M. dankend quittieren. Daß der Angeklagte schließlich zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde, hat auf die Honorarabrechnung keinen rückwirkenden Einfluß.

Der Anprall eines Radfahrers gegen einen Straßenbahnwagen führte am Donnerstagmorgen gegen 1 Uhr in der Schlesischen Straße an der Ecke des Göttinger Hofes zu einem schweren Unglücksfall. Der fünfzehnjährige Arbeiterburche Fritz Weizner, der in Friedrichsberg im Hause Kreuzgirt. 3 wohnt und in der Goldleistenfabrik von Max Leonhard, Schlesischestr. 31, beschäftigt ist, vernagte sich in der Mittagspause auf der Straße mit Radfahrern. Dabei fuhr er infolge eigener Unvorsichtigkeit gegen einen in voller Fahrt herankommenden Straßenbahnwagen, wurde mit seinem Rade zurückgeschleudert und fiel so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er bewegungslos liegen blieb. Der zufällig vorüberkommende Arzt Dr. Ledermann ordnete nach vorläufiger Untersuchung des verunglückten Jungen die Ueberführung nach einem Krankenhaus an. Ein aus der benachbarten Haase-Brauerei herbeigeholter Wagen brachte den noch immer bewegungslosen, der innere Verletzungen erlitten hat, nach dem Krankenhaus am Urban.

Im Gesellschaftsaug erschossen hat sich ein junger Mann, der im Anfang der zwanziger Jahre steht und den begüterten Kreisen angehört zu haben scheint. Nachdem er wahrscheinlich einer Festlichkeit beigewohnt hatte, kehrte er zu später Stunde am Mittwochabend in einem Hotel der unteren Friedrichstadt ein und bezog sofort ein Zimmer. Dort wurde er heute morgen mit einer Schusswunde im Kopf tot aufgefunden. Ueber seine Persönlichkeit ist nur bekannt, daß er eine Visitenkarte mit dem Namen „Fritz Kalsche“ bei sich trug. Sein Anzug bestand in einem schwarzen Smoking, Samtschuhen und bla Stiefeln. Der junge Mann, dessen Leiche nach dem Schanhaus gebracht wurde, ist bartlos und 1,70 Meter groß.

Drei Fahrraddiebe konnten gestern von der Polizei festgenommen und vorläufig unschädlich gemacht werden. Einem Geschäftsmann aus der Wallstr. 10 wurde das Rad, das sein Hausdiener auf dem Hausflur aufgestellt hatte, von einem fremden Manne entwendet. Der Diebstahl wurde bemerkt, und der Hausdiener setzte dem Diebe nach, der auf der Maschine nach der Reuen Hofstraße hin zu entkommen suchte. Der Dieb, der augenscheinlich noch keine Weltmeisterschaft auf dem Rad errungen hatte, kam an der Ecke der Reuen Hofstraße zu Fall und wurde eingeholt. Seine Behauptung, daß er sich sein eigenes, ihm gestohlenes Rad wiedergeholt habe, konnte er vor der Polizei nicht aufrecht erhalten. In ihm wurde der Schülergenosse Felix Saturna festgesetzt, der in Untersuchungshaft abgeführt wurde, da ihm mutmaßlich andre ähnliche Straftaten zur Last fallen. — Die beiden andren Diebe, der 21 Jahre alte Schlossergeselle Otto Jarze und der Musiker Albert Toge, wurden aus einer Privatfahrgemeinschaft herausgeholt.

Ein gefährlicher Zuhälter wurde gestern morgen gegen 3 Uhr in der Rosenthalerstraße festgenommen. Der Burche, ein ehemaliger Handlungsgehilfe V., ist einer jener Unholden, die einen verhängnisvollen Einfluß auf Strahenmädchen ausüben und solche, wenn sie nicht genug Geld geben, mißhandeln. Auch in der verflochtenen Nacht schlug V. in unheimlicher Weise auf die von ihm gehaltene Sklavinnen ein. Auf das Zusammengeheir der Mißhandelten kam eine Schutzmannpatrouille herbei, bei deren Annäherung der Täter die Flucht ergriff. Einer der Beamten gab nunmehr das Notignal und so gelang es, V. in der Rosenthalerstraße zu stellen und festzunehmen. Er wurde nach der Wache des 13. Polizeiviertels gebracht.

Gewissenlose Burchen. Eine skandalöse Entführungsgeschichte hat ein gewisses Aufsehen erregt. Das am 16 Jahre alte Mädchen Marie G., das einer guten Familie entstammt ist, wurde von einem Gutbesitzer v. S. zur Beaufsichtigung der Kinder angeworben und sollte am 9. d. Mts. die Stelle auf dem Gut antreten. Das ansehnliche junge Fräulein wurde von der Mutter nach dem Steintiner Bahnhof an den Eisenbahnhof gebracht und unter Ermahnungen und Segenswünschen entlassen. Am Endpunkt der Fahrt, einer Haltestelle an der Nordbahn sollte es von dem Herrn v. S. in Empfang genommen und auf das Gut weiterbefördert werden. Der Gutbesitzer hatte sich nach Vereinbarung eingehenden, war aber sehr enttäuscht, als das junge Mädchen nicht anlangte. In der Erwartung, daß das Kinderfräulein das Ziel erreicht haben könnte, zog er nähere Erkundigungen ein und kam zu einem überraschenden Ergebnis. Marie G. war in dem Zuge mit Berliner Jägern zusammengetroffen. Die lustigen Waldmänner, zu denen Beamte außer Dienst und ein Gastwirt aus dem Berliner Westen gehören sollen, hatten das junge Mädchen in ein Gespräch verwickelt und schließlich bestimmt, das eigentliche Reiseziel aufzugeben und ihnen in das Jagdgelände zu folgen. Seitdem ist Marie G. nicht wieder zum Vorschein gekommen. Der besorgten Mutter hat sie inzwischen brieflich mitgeteilt, daß sie zu ihr nicht wieder zurückkehren würde und sich etwaige mütterliche Nachrichten postlagernd erbeten. Danach erscheint die Annahme zulässig, daß das unerfahren Kind von einem Mitglied der Jagdgemeinschaft auf Abwege gebracht wurde und hier in Berlin verborgen gehalten wird. Die Mutter hat jetzt die Hilfe der Polizei angerufen und das Jagdabenteuer kann für die Beteiligten böse Folgen nach sich ziehen.

Folgende Krankenkassen in Berlin ist vom Minister für Handel und Gewerbe neuerdings die Versicherung erteilt worden, daß sie den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen: Krankenkasse der Nutmadergesellen (E. H.), Kranken- und Sterbekasse Berliner Bierfahrer und Berufsgenossen (E. H.) und Kranken- und Sterbekasse der Berliner Engros-Schlächtergesellen und Berufsgenossen.

Die Leitung der Poliklinik für unbenutzte Wagen- und Darmkanäle, Karlstr. 20a, (10—11 Uhr) hat Dr. Cohnheim wieder persönlich übernommen.

Theater. Adolf von Sonnenhal hat mit Direktor Lautenburg einen Vertrag abgeschlossen, wonach er im April 1904 auf der Bühne des Residenz-Theaters ein Abschieds-Gastspiel in seinen bedeutendsten Rollen, u. a. als Nathan, Raskin, Fabricius, Kottimer (in „Die alten Junggesellen“) absolviert. Es soll dies, wie der Meister selbst an „seinen alten Freund Lautenburg“ schreibt, nicht nur „den Abschied vom Berliner Publikum, sondern von seinen Gastspielen überhaupt“ darstellen. Adwarten!

Feuerbericht. Ueber ein Dutzend Brände hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu besichtigen. Gestern abend kurz nach 10 Uhr wurde sie nach der Köpenickerstr. 43 gerufen, weil hier Kleidungsstücke und Gardinen Feuer gefangen hatten. Auch in der Körnerstraße 18, Andrastr. 69 und in der Königsstr. 59 mußten Wohnungsbrände abgelöscht werden. In allen Fällen wurden Möbel und Decken beschädigt. In der Blumenstr. 70 war vorher in einem Keller allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial in Brand geraten, dessen Ablösung längere Zeit in Anspruch nahm. Aus einem ähnlichen Anlaß wurde die Wehr etwas später nach dem Engelauer 9 gerufen. Kisten und Pappn wurden in der Großen Kreuzgirtstr. 51 und Häuser und Gaden in der Caprivistr. 9 durch Feuer zerstört. Durch Unvorsichtigkeit war nachts in der Mathäikirchstr. 13 ein Brand ausgebrochen, während in der Straußenerstr. 71 Wäschestücke ein Raub der Flammen wurden. Die übrigen Alarmierungen, die die Wehr im Laufe des Mittwoch noch nach der Urbanstr. 64, Friedrichstr. 180, Adicinstr. 16 und noch nach verschiedenen andren Orten führte, betrafen Brände, die bereits vor Eintreffen der Wehr von Hausbewohnern abgelöscht waren.

### Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hielt am Mittwoch nur eine kurze Sitzung ab, in der allgemein interessierende Vorlagen nicht zur Beratung standen. Dagegen bietet die nächste Sitzung Gelegenheit zu ausgiebigen und wichtigen Debatten. Unter andren wird folgende Interpellation Gula und Genossen zur Besprechung kommen: „Durch die von der Igl. Regierung in Potsdam erlassene Dienstverweisung für die Direktoren und die inneren An-

gelegenheiten der Gemeindefache entgegen der Ministerial-Instruction vom 26. Juni 1881 in wesentlichen Punkten der Einwirkung durch die hierzu eingesetzte Schuldeputation entzogen und dem Igl. Kreis-Schulinspektor unterstellt. Mit welchen Maßnahmen gedenkt der Magistrat diesem schwerwiegenden Eingriff in eines der bedeutendsten Rechte der Selbstverwaltung zu begegnen?“

Die sozialdemokratische Fraktion hat nachstehende Interpellation eingebracht: „Am 11. Februar d. J. hat die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat ersucht, den Beginn der diesjährigen Urwahl für das Abgeordnetenhaus in die späten Nachmittagsstunden zu verlegen. Ist es wahr, daß der Magistrat entgegen diesem Beschlusse den Beginn der Urwahlen für die dritte Wählerabteilung auf 2 Uhr nachmittags anzuberäumen beabsichtigt?“ Ferner steht auf der Tagesordnung ein Antrag Vogel (Zoc.) und Genossen betr. die Errichtung eines städtischen Verhauens im Anschluß an die städtische Sparkasse.

Lichtenberg. In den Paständen in der Lichtenberger Kreis-Krankenkasse bringt das dortige Ortsblatt eine weitere Illustration. Der Maurermeister Viesegang und der Großdeputat Gensler waren seiner Zeit angeklagt, den früheren Kandidaten Kaufmann beleidigt zu haben. Viesegang brachte in einer Generalversammlung zur Sprache, daß die Vorstandsmglieder in der Vorstandssitzung mit Bier, Schaps und Cigarren aus Kosten des Herrn Kaufmann bewirtet wurden und folgerte daraus, daß die Vorstandsmglieder wohl nicht unbeeinflusst bei ihren Beschlüssen seien. Gensler warf hierauf die Frage auf: „Wie nennt man das Verhalten eines Beamten?“ Als Antwort fiel aus der Versammlung das Wort: „Bestechung!“ Viesegang wurde freigesprochen, Gensler jedoch verurteilt, weil die beiden Vorstandsmglieder Laue und Kreuzinsel, die zu den Getreuen des Herrn Kaufmann zählten und noch zählen, beschworen, Gensler habe das Wort „Bestechung“ gerufen. In zweiter Instanz wurde Gensler indes freigesprochen. Das Gericht führte aus: „Wenn selbst erwiesen sein sollte, daß Gensler der Missethäter sei, so steht ihm der § 193 des Strafgesetzbuchs zur Seite. Die Verurteilung des Staatsanwalts, der sich auch Kaufmann als Nebenkläger anschloß, um aber für seine Person die Verurteilung vor dem Termin zurückzuziehen, war erfolglos. — Am sollte der Richter Hr. Richter die beiden Schwurzeugen beleidigt haben. Richter soll im Gespräch mit andren Delegierten gehänselt haben, Gensler hätte überhaupt nicht verurteilt werden können, wenn die Zeugen Laue und Kreuzinsel nicht etwas Unwahres beschworen hätten. Auch Richter wurde freigesprochen. Ihm stünde der § 193 ebenfalls zur Seite; auch er habe hier eine Absicht, zu beleidigen, nicht zu erkennen gegeben, auch eine andre Ausdrucksweise habe er nicht wählen können.“

Dämon Alkohol. Die „Votid. Corr.“ berichtet: Verkränkeltes Hindwisch triebte dieser Tage in dem haveländischen Dorfe Stollen allerlei Unheil an. Auf der dortigen Gorbrennerei war aus Versehen Spiritus in die für das Vieh bestimmte Saltempe geraten, wodurch sich dieses einen Kordorauß antrauf. Die Kühe wirtschafteten darauf wie toll in dem Stalle herum und konnten nicht gemerkt werden. Noch ärger betrugten sich die vor dem Pfluge gespannten Ochsen, welche wild mit denselben loskämpften und die Aenechte mischleiften, wodurch einige Verletzungen erlitten. Am nächsten Tage litt das gesamte Hindwisch schließlich an einem großen Magenjammer.

Im Sturm auf die Lichtenberger Gemeindefache haben die dortigen Grundbesitzer neue Erfolge errungen. Ober-Verwaltungsgericht und Kammergericht haben bekanntlich entschieden, daß in Lichtenberg keine Oberbauz besteht, wonach die Grundeigentümer verpflichtet wären, die Bürgersteige zu unterhalten und zu reinigen. Jetzt hat nun der Reichsminister Hauschild Negrefansprüche an die Gemeinde Lichtenberg erhoben, indem er sich auf jene Entscheidungen berief und betonte, daß er demnach seiner Zeit zu Unrecht mit 500 M. zur Unterhaltung des Bürgersteigs belastet worden sei. Die Gemeinde lehnte die Erstattung der 500 M. ab und machte, wie schon früher, das Vorliegen einer Oberbauz zu Ungunsten der Grundbesitzer geltend. — Der Bezirksauschluß in Potsdam beschäftigte sich gestern mit der Angelegenheit. Es wurden wieder 20 Zeugen vernommen. Auf Grund ihrer Aussagen kam der Bezirksauschluß aufs neue zu der Ueberzeugung, daß jene behauptete Oberbauz in Lichtenberg nicht bestehe und verurteilte die Gemeinde Lichtenberg, dem Kläger die von ihm für Zwecke der Erhaltung des Bürgersteigs seiner Zeit ausgegebenen 500 M. zu erstatten. — Die andren interessierten Besitzer in Lichtenberg haben nur auf dies Urteil gewartet, um jetzt ebenfalls gegen die Gemeinde mit Negrefansprüchen vorzugehen. Einer von ihnen will allein 12000 M. verlangen.

## Gerichts-Zeitung.

Die Reichstagswahl, der Revolverheld und Editha Cohn. Die letzte Reichstagswahl diente gestern einem Angeklagten zur Führung eines Alibiweises in einer Anklagesache, die von einem muslimischen Dunkel umgeben ist. Der Kaufmann Arthur Koffke hatte sich vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I auf die Anklage der Verdrehung zu verantworten. Die erst zwölfjährige aber schon recht stattliche Editha Cohn, welche in der Neustädtischen Kirchstraße bei ihren Eltern wohnt, besucht die höhere Töchterschule in der Schumannstraße. Sie hatte schon öfter bemerkt, daß, wenn sie mit einer Freundin des Mittags nach Schluß der Schule sich auf den Heimweg begab, an einer Anschlagssäule in der Nähe der Schule ein Mann mit blondem Schnurrbart und etwas schleppendem Gang auftauchte, der ihr mehr wie fragend ins Gesicht sah, mehrmals an ihr vorbeiging, ohne etwas zu sagen und sie bis in die Nähe der elterlichen Wohnung verfolgte. So war es insbesondere am 14., 15. und 16. Juni. Am letzteren Tage war, wie das Mädchen behauptet, der fremde Mann ihr schließlich vorausgegangen und ihrem Gesichtskreis entwandnen. Als sie das elterliche Haus in der Neustädtischen Kirchstraße betreten und oben im Begriff gewesen, an einer etwas dunklen Stelle vorbei zur Treppe zu gelangen, sei ihr dort plötzlich derselbe Mann entgegengetreten, habe ihr einen Revolver unter die Nase gehalten und ihr zugerufen: „Wenn Du nicht zu mir kommst, schieße ich Dich nieder!“ Das Mädchen floh entsetzt auf die Straße und erbat sich aus dem nächsten Laden Hilfe, die ihr auch gewährt wurde, aber zu spät kam; denn, als man wieder in das Haus trat, zeigte es sich, daß der Held inzwischen schon das Weite gesucht hatte. Das Mädchen erzählte ihr böses Abenteuer dem Vater und dieser schmiedete nun einen Feldzugsplan. Am nächsten Tage, dem 17. Juni, begab er sich kurz vor Schluß der Schule gegen 1 Uhr, in Begleitung eines Kriminalbeamten in die Nähe der Schule. Er bemerkte dort einen jungen Mann, auf den die Beschreibung der Tochter paßte, welcher in den Schulhof hinein sah und als er wahrnahm, daß die Mädchen schon im Begriff waren, das Schulgebäude zu verlassen, sich eilends durch die Albrechtstr. nach der Marienstraße zu entfernen. Als Editha Cohn auf dem Heimweg an der Marienstraße vorbeikam, gab sie verabredetermaßen ihrem Vater plötzlich einen Wink und zeigte ihm dadurch an, daß der dort sich aufhaltende Angeklagte der gesuchte Mann sein. Herr Cohn glaubte in ihm sofort den Mann wieder zu erkennen, der ihm kurz vorher an der Schule aufgefallen war, er gab seiner väterlichen Empörung dem Angeklagten gegenüber einen sehr scharfen Ausdruck und übergab ihm dem Kriminalschutzmann Koffke, ein völlig unbescholtener Mann, bestritt entschieden, mit dem Mädchen irgend etwas zu ihm gehabt zu haben und stellte sich als das Opfer einer Personenvertauschung hin. Merkwürdigerweise stimmte aber die von dem Mädchen gegebene Personalschreibung einschließlich des etwas schleppenden Ganges und es stellte sich auch heraus, daß der Angeklagte einen Revolver bei sich trug. Trotzdem leugnete er entschieden jede Schuld, behauptete, daß er noch nie in der Schumannstraße gewesen und keinesfalls mit dem Manne identisch sei, den Herr Cohn vor der Schule gesehen haben wolle. — Der Staatsanwalt sah von der Erhebung der Anklage ab, da der Angeklagte

zum Beweise seines Alibis am 16. Juni sich auf einwandsfreie Zeugen berufen hatte, denen gegenüber die Bezeichnung des Mädchens nicht ausreichend erschien. Auf erhobene Beschwerden ordnete alsdann der Ober-Staatsanwalt die Erhebung der Anklage an. Im gezeigten Termin verblieb der Angeklagte dabei, daß er nicht der Täter sei. Der 16. Juni sei der Wahltag gewesen und er sei an jenem Tage in einem Wahlbureau in der Schützenstraße bis 1 1/2 Uhr mittags als Hilfsarbeiter emsig beschäftigt gewesen, sei dann von seinem von ihm telephonisch herbeigerufenen Vater abgelöst worden, habe sich zum Mittagbrot direkt nach seiner Wohnung in der Horkstraße begeben und dann seiner Wahlpflicht genügt und es sei daher unmöglich, daß er zu der fraglichen Zeit das Mädchen in dem Hause Neustädtische Kirchstr. 3 bedroht haben könne. Der Vorsitzer des betr. Wahlbureaus, sowie der Vater, der Bruder und die Wirtschaftlerin des Angeklagten bestätigten dessen Zeitangaben. Auf der andren Seite verblieb das Mädchen trotz aller Vorhaltungen bei ihrer entschiedenen Behauptung, daß der Angeklagte der Täter sei und auch ihr Vater erklärte jeden Irrtum seinerseits für ausgeschlossen und hielt unter allen Umständen die Behauptung aufrecht, daß der Angeklagte mit dem Manne identisch sei, den er vor der Schule gesehen. — Erster Staatsanwalt Pelz hielt die Täterschaft des Angeklagten für nachgewiesen und beantragte eine Woche Gefängnis. Rechtsanwalt Mich. Ladewig gab zu, daß gegen den Angeklagten gewisse Verdachtsmomente sprächen, bestritt jedoch, daß diese irgendwie ausreichen und beantragte Freisprechung, da ein unbescholtener Mann auf die Bezeichnung eines so jungen Mädchens hin unmöglich verurteilt werden könne. — Der Gerichtshof, unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Kanozow, hielt bei der eigentümlichen Sachlage noch eine weitere Beweisaufnahme für notwendig. Vor allen Dingen soll die Schulfreundin Edithas geladen werden, die an den vorbegehenden Tagen den betreffenden Mann gleichfalls gesehen haben soll; ferner der Kriminalschutzmann, die Personen, an die sich das Mädchen in ihrer ersten Anklage hilfesuchend gewandt hatte und endlich soll der Vater durch Nachfrage bei dem Schulvorstand feststellen suchen, ob etwa noch andre Mädchen den verdächtigen Mann gesehen haben.

Odenburg, 15. Oktober. Heute begann unter starkem Andrang des Publikums die Verhandlung in dem Prozeß gegen den Oberlehrer Dr. Ries und den Redakteur Biermann wegen Verleumdung des Justizministers Ruytrat und des Landrichters Hanke. Die Verteidiger erklärten, daß sie den Gerichtshof wegen Besorgnis der Befangenheit ablehnten. Nach längerer Erörterung wurde dem Einwand der Verteidiger nur bezüglich eines Richters stattgegeben und dann in die Verhandlung eingetreten. Unter den Zeugen befindet sich der Justizminister Ruytrat, der sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen hat.

Nach Vernehmung der Angeklagten wurde der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt, da zwei Zeugen, auf die die Verteidigung nicht verzichtet, nicht erschienen sind.

## Vermischtes.

Die Einrichtung des Matrosen Kohler, der den Unteroffizier Piederlych an Bord des Stationschiffes „Gorelen“ im vorigen Jahre ermordete, wird in der letzten Woche dieses Monats auf dem Hofe des Gerichtesgefängnisses in Berlin stattfinden.

Ueber ein folgenschweres Brandunglück wird aus Budapest berichtet: In einer Kunstblumen-Fabrik am Josephspring brach heute infolge einer Gasexplosion Feuer aus, das sich sehr schnell verbreitete und das ganze Gebäude vernichtete. Eine Arbeiterin ist verbrannt, fünf andre wurden verbrannt, unter ihnen zwei tödlich.

## Briefkasten der Redaktion.

G. G. Die Zuhwerfs-Berufsgenossenschaft befindet sich Köpcke-straße 34.

### Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnung: 7 Uhr.

C. J. R. 20. Ist keine Mietdauer vereinbart, wird aber vierteljährlich Miete gezahlt, so ist bis am 3. des Quartals zum Quartalsablauf zu kündigen. — R. B. 29. 1. Es ist bis am 3. des Quartals zum Quartalsablauf zu kündigen, also erst bis am 3. Januar zum 1. April. 2. Der Mieter, nicht seine Frau, haftet für die Miete; es ist nur möglich, den Mieter zu verklagen, falls die Sachen seiner Frau oder andren gehören. Ein Jurisdiktorverzicht steht nur am Eigentum des Mieters dem Vermieter zu. 3. Das Recht, einen andren Mieter zu stellen, steht dem Mieter nicht zu. — G. W. 22. Ihre letzte Karte ist verfallen, weil Sie nicht innerhalb zwei Jahren erneuert ist. Trotzdem können Sie den Antrag auf Rückerstattung einreichen, da Sie ohne diese Karte über 200 Markten ge-steht haben. — E. T. 23. 1. und 2. Ja. — G. B. 3051. Rein. — G. B. Wilmersdorf. 1. Verzicht ein Anwalts-Rentenempfänger, so braucht er nur an den Vorstand der Versicherungsanstalt den Antrag zu richten, die Rente nach seinem neuen Wohnort überweisen zu lassen. Dann wird ihm die Rente durch die Postanstalt seines neuen Wohnorts ausgezahlt. 2. Die Rente kann nicht erhöht werden. — R. B. 45. Da muß schließlich eingegriffen werden. Aus Ihrer Anfrage geht aber nicht hervor, wie eigentlich die Rechtslage liegt, insbesondere ob wirklich ein Vormund eingesetzt ist, ob dieser die Rente ausbezahlt, ob die Mutter und Kinder durch Vertrag gebunden sind. Sagen Sie diese Umstände schneidender zu und sprechen dann mal mit dem Richter vor. — R. B. 46. Ueber ist der falsche Beschäftigung kein Grund zur Auflösung eines Mietvertrages. Gehen Sie auf den Vergleichsvorschlag des Richters ein. — E. 93. Die Vorschriften der Krankenversicherungs-Kasse treten mit dem 1. Januar 1904 in Kraft. Bis dahin sind die Statuten zu ändern. — St. 100. 1. Wenn ein gültiger Vertrag vorliegt: ja. 2. Nein. — Karl 100. 1. Der zuletzt von Ihnen angegebene Grund kann vom Gericht als ein „wichtiger Grund“ anerkannt werden, der zur sofortigen Entlassung berechtigt. Der Ausgang des Prozesses ist daher zweifelhaft. 2. Ohne Ihr Verlangen, daß das Zeugnis sich auch auf Leistung und Führung auslasse, wäre das unzulässig. § 600 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

### Marktpreise von Berlin am 14. Oktober 1903

nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.

	15.85	15.81	Kartoffeln, neue D.-Str.	6.00	4.00
*Weizen, gut D.-Str.	15.77	15.73	Mildefleisch, Rente 1 kg	1.80	1.20
- mittel	15.69	15.65	do. Rausch	1.50	1.10
- gering	12.95	12.94	Schweinefleisch	1.80	1.10
*Roggen, gut	12.93	12.92	Rohfleisch	2.00	1.20
- mittel	12.91	12.90	Hammelfleisch	1.80	1.10
- gering	14.50	13.40	Butter	2.60	2.00
†Gerste, gut	13.30	12.30	Eier 60 Stück	5.00	3.00
- mittel	12.10	11.90	Kartoffeln 1 kg	2.20	1.20
- gering	16.00	14.90	Hale	2.50	1.40
†Hafer, gut	14.80	13.80	Hander	3.00	1.00
- mittel	13.70	12.70	Decke	2.00	1.00
- gering	4.32	3.66	Barische	1.80	0.80
Richtstroh	7.20	5.00	Schleie	3.20	1.40
Heu	40.00	25.00	Hele	1.40	0.80
Erbsen	50.00	25.00	Kraut	18.00	3.00
Speisebohnen	60.00	20.00			
Kinzen					

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

### Witterungsbericht vom 15. Oktober 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. (homb. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Baromet. (homb. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Stettin	760	SW	2	wolkig	8	765	W	2	heiter
Hamburg	756	SW	4	bedeckt	10	757	SW	2	Schnee
Berlin	761	SW	2	wolkig	9	750	SW	3	heiter
Frankf. a. M.	759	SW	2	bedeckt	10	750	SW	2	bedeckt
München	763	SW	3	wolkig	7	750	SW	2	bedeckt
Wien	765	SW	1	bedeckt	9				

Wetter-Propagule für Freitag, den 16. Oktober 1903. Ziemlich warm, vorwiegend trübe mit Regenschauern und lebhaften westlichen Winden; später aufklarend. Berliner Wetterbureau.